

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zelle oder deren Raum 40 Pfg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postkassen-Konto Hannover Nummer 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kalkerstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Arbeiterverband Bochum.

Randbemerkungen zu den letzten Tarifbewegungen an der Ruhr.

Die Kohlenbarone an der Ruhr haben gute Zeiten. Der Deffentlichkeit versuchen sie zwar etwas anderes vorzumachen. Es muß zugestanden werden: das ist ihnen auch fast restlos geglückt. Beweis hierfür sind die gefällten Schiedsprüche im Streit um Lohnerhöhung und Verbesserung des Manteltarifs. Keiner der beiden Schiedsprüche wird der wirklichen Lage gerecht. Der Schlichter ist hier offensichtlich der Schwarzmalerei der Zechenbesitzer erlegen. Das ist wenigstens die eine Möglichkeit, der seine Entscheidung zu danken ist. Eine Möglichkeit zwar, die nur theoretisch besteht. Praktisch sollte man annehmen, daß auch der Schlichter aus der von uns mit den Zechenbesitzern gepflogenen Diskussion um die Rentabilität des Ruhrbergbaues sich leicht hätte überzeugen können, daß eine stärkere Belastung zugunsten der Arbeiter sehr leicht möglich gewesen wäre. Es ist und bleibt Tatsache, daß unsere Beweisführung eine normale Rentabilität des Ruhrbergbaues erkennen läßt. Es ist weiter Tatsache, daß diese Rentabilität, selbst von den Unternehmern zugestanden, zur Zeit der letzten Tarifkündigungen besser war, als zur Zeit der vorjährigen Kündigung. Schon diese Tatsache allein hätte zumindest ein Zugeständnis gerechtfertigt im Ausmaße des vorjährigen. Das ist bei weitem nicht geschehen. Aus all diesen Gründen wäre es zumindest erstausdrücklich, wenn der Schlichter seine Entscheidungen tatsächlich mit „Untragbarkeit höherer Zugeständnisse“ rechtfertigen wollte.

Wir nehmen deshalb an, daß gar nicht aus solcher Ueberzeugung heraus die Entscheidungen fielen, sondern daß die Beweggründe mehr allgemein wirtschaftspolitischen Charakter tragen. Es gehört heute ja schon zur Satisfaktionsfähigkeit jeglicher öffentlichen Instanz, besonders in der Wirtschaft und Sozialverwaltung, alles von „volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten“ zu bewerten und zu beschreiben. Daß es in der ganzen weltlichen Welt, die doch schon viele ungelöste und strittige Probleme in sich birgt, nichts Schwammigeres und Ungeklärteres gibt als das Denken in volkswirtschaftlichen Kategorien, ist dabei nebensächlich. Oder liegt darin vielleicht gerade die Eignung zum Universalmittel? Uns scheint es bald so. Aber dann soll man sich nicht einbilden, daß auch wir uns die volkswirtschaftliche Rechtfertigung zugunsten der Unternehmer zu eigen machen können und eine entsprechende Politik zuheißeln. Nichts anderes als eine Begünstigung der Unternehmer ist es nämlich, wenn heute trotz aller Betriebsrentabilität von einer volkswirtschaftlichen Unrentabilität, das heißt von einer zu geringen Kapitalbildung gesprochen wird, in deren Interesse die Wirtschaft und auch der Bergbau „geschont“ werden müsse in der Einbildung, daß die Opfer hierfür sich später lohnen würden.

Noch nie, solange es eine deutsche Wirtschaft gibt, bestand nach Auffassung der Unternehmer die volkswirtschaftliche Möglichkeit, die Arbeiterschaft etwas mehr am Ertrage partizipieren zu lassen. Stets werden sie mit derselben „Ueberzeugung“ und mit tausend Gründen die Notwendigkeit größter Schonung darzulegen wissen. Wir sind überzeugt, daß, wenn die Ruhrzechenbesitzer mit dem Schiedspruch einen Vertrag auf Sicherung des heutigen Zustandes schließen könnten, sie es nur deshalb nicht tun würden, weil sie in der Zukunft eine noch viel glänzendere Geschäftsgestaltung für sich erwarten, als sie sie heute schon ausmachen können. Ein sprechendes Beispiel für das trasse Mißverhältnis zwischen der Heulmeierei der Unternehmer und dem wirklichen Zustande konnten wir ja gerade in letzter Zeit wieder geben auf Grund einer Analyse der Bilanzen der staatlichen Bergwerks-Gesellschaften in England und in der Schweiz. Wir zeigten auf, daß selbst Minister Schreiber völlig schwarz in schwarz malte und als Minister seine eigenen Staatsbetriebe in täglich wirtschaftlicher Verfassung zeigte, obwohl in Wirklichkeit ein glänzendes geschäftliches Ergebnis vorlag. Inwieweit Minister Schreiber hier aus persönlicher Ueberzeugung handelte, soll uns weniger interessieren. Daß uns aber dieses interessante Vorkommnis an sich auf ein vom Zechenverband ausgehendes systematisches Täuschungsmanöver schließen lassen muß, ist nicht Ausfluß unserer persönlichen Böswilligkeit, sondern nur Schlußfolgerung aus dem objektiven Tatbestande.

Die staatlichen Bergwerke aber sind keine Ausnahme, höchstens insofern, als es dem Ruhrbergbau im Durchschnitt eher besser als schlechter geht. Alle Verlautbarungen lassen eine sich stets bessernde Geschäftsgestaltung erkennen. Auch der ewige, grundsätzliche Hinweis auf die ausländische Konkurrenz, besonders die englische, kann nicht über die günstige Position des Ruhrbergbaues hinwegtäuschen. Zumindest ist es so, daß sich das Verhältnis in naher Zukunft nur zugunsten des Ruhrbergbaues verschärfen kann. Der englische Bergbau ist nämlich in sehr starkem Maße auf die wohlwollende Unterstützung der englischen Regierung angewiesen. Keinesfalls aber wird diese Unterstützung unter der Regierung der englischen Arbeiterpartei günstiger werden können als es unter den Konservativen der Fall war, da jegliche Unterstützung mehr oder

mindest auf Kosten der englischen Bergarbeiter ging, wobei nur an die gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit für die englischen Bergarbeiter erinnert sei. Nur mit solcher Unterstützungspolitik der Regierung war der englische Bergbau in der Lage, dem starken Wettbewerb seitens der Ruhr standhalten zu können.

Nun laufen im Herbst dieses Jahres die Distrikts-Lohnabkommen im englischen Kohlenbergbau ab, und schon jetzt bemühen sich beide Parteien, ihre Forderungen zur Geltung zu bringen. Die Unternehmer werden, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, hierbei von dem Wunsche geleitet werden, zu wissen, wie sich im Laufe der nächsten Zeit die Produktionskosten gestalten werden, damit der Kohlenmarkt selbst nicht in unnötige Beunruhigung versetzt und eine sichere Preisfestsetzung gewährleistet wird. Die Arbeiter andererseits sehen die Gelegenheit gekommen, ihre Parteiführer, die jetzt zur Regierung gelangt sind, beim Wort zu nehmen. Daher verlangen die Arbeiter auch die Beseitigung des für den Kohlenbergbau in Geltung befindlichen Nachtstunden-Arbeitsgesetzes.

Aber so einfach ist die Sachlage doch nicht. MacDonald ist sich der Folgen einer solchen Politik durchaus bewußt, und nichts liegt ihm ferner, als Maßnahmen zu treffen, die zu schweren Differenzen führen könnten. Er weiß, daß die Bergwerksbesitzer mit einer neuen Aussperrung antworten würden, und auch von Arbeitnehmerseite wird gegeben, daß ein solcher Schritt gerade jetzt vermieden werden müßte. Des weiteren ist die Haltung der Liberalen, von der ja die Politik der Arbeiterregierung in so starkem Maße abhängen wird, keineswegs klar. In dem liberalen Gelbbuch „Britains Industrial Future“ wird zugegeben, daß die Verlängerung der Arbeitszeit wohl zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit geführt habe, daß aber andererseits die Produktionssteigerung pro Mann und Schicht nicht übersehen werden dürfe. Mit diesem Standpunkt hat sich also die liberale Partei in ihrer Politik keineswegs festgelegt; vielmehr steht ihr, ohne wortbrüchig zu werden, sowohl der Weg zur Unterstützung der Bergwerksbesitzer als auch derjenige zur Arbeiterhilfe durchaus offen.

Es wäre verfrüht, heute schon die Gefahren eines neuen Konfliktes als direkt akut anzusehen und von dem Herannahen einer neuen kritischen Periode zu sprechen. Wenn auch Konfliktstoff zur Genüge vorhanden zu sein scheint, so fehlt es andererseits nicht an Auswegen. Es ist oben schon kurz darauf hingewiesen worden, daß selbst in Arbeiterkreisen der Wunsch nach Vermeidung eines schweren Streites besteht und bezeichnend ist, daß sogar radikale Bergarbeiterführer wie Cook lediglich davon sprechen, daß das Nachtstundengesetz „sobald wie möglich beseitigt werden muß“, also im Grunde genommen den Zeitpunkt eines solchen Schrittes offen lassen.

Trotzdem zeigt sich die veränderte Situation auf diesem Gebiete deutlich in der Tatsache, daß am 27. Juni in der Downingstreet eine Zusammenkunft zwischen dem Exekutivauschuß der englischen Bergarbeiterverbände unter Führung von Herbert Samuel und dem Premierminister MacDonald, dem Handelsminister und dem Minister für den Bergbau stattfand. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde eine kurze offizielle Verlautbarung ausgegeben, in der es heißt, daß die Lage im Bergbau nach allen Richtungen hin besprochen wurde und Schritte angeregt worden seien, um eine ähnliche Zusammenkunft zwischen Kabinett und Grubenbesitzern einzuberufen.

Die aktiven Bergarbeiterverbände haben in einer internen Vorbesprechung beschlossen, sich mit der Regierung auf freundschaftlichen Fuß zu stellen, und die Zusammenkunft mit dem Premierminister in erster Linie dazu benutzt, auszukundtschaften, wie weit die Erwartungen auf Hilfeleistung der Regierung für die Bergarbeiter zu stehen sind. Bei der Begegnung mit MacDonald legten die Führer der Bergarbeiterverbände dem Premierminister nahe, daß die Bergarbeiter die Wiederbestätigung des Nachtstundenabkommens für den Bergbau in der ersten Session des Parlaments erwarteten.

Unter den weiteren Punkten verdienen folgende Erwähnung:

1. Nationalisierung des Bergbaues,
2. nationales Lohnabkommen einheitlich für den gesamten englischen Bergbau,
3. Festsetzung von Mindestlöhnen, und zwar 12¹/₂ Shilling pro Schicht für den Aktorbeiter, 11 Shilling für tarifmäßig entlohnte Arbeit und 10 Shilling für am Tageslicht geleistete Arbeit,
4. Abschaffung der Lantienenzahlung an die Bodenbesitzer.

Alles in allem läßt das also zumindest auf keine zu erwartende Verschärfungsmöglichkeiten des englischen Wettbewerbs gegen die Ruhrkohle schließen, so daß für die Ruhrzechenbesitzer die günstigsten Aussichten bestehen. So muß also, allgemein gemertet, festgestellt werden, daß die wirtschaftspolitische Situation, in der sich die Ruhrzechen-

besitzer befinden, keine schlechte genannt werden kann. Schlecht muß demgegenüber allein die Position der Bergarbeiter genannt werden, die für die nächsten anderthalb Jahre von der Abgrenzung an der besseren Geschäftsgestaltung des Ruhrbergbaues ausgeschlossen sind. Und hier ist der Punkt, wo die Bergarbeiter selbst gründlich Einkehr bei sich halten müssen.

Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzutäuschen: Lohn- und Tariffragen sind Machtfragen! Darüber kann auch die Tätigkeit des Schlichters nicht hinwegtäuschen. Auch der Schlichter ist in seiner Entscheidung sehr stark bestimmt von dem zufälligen Machtverhältnis, in dem die vor ihm streitenden Parteien zueinander stehen. Und sprechen wir es offen aus: vorläufig befinden sich die Unternehmer hier im Vorteil! Es ist heute ja kein Geheimnis mehr, wie stark die Organisationen sind. Und wenn bekannt ist, daß im Ruhrbergbau nur 100 000 Bergarbeiter organisiert sind, während über 250 000 Unorganisierte existieren, dann darf man sich nicht wundern, wenn die Forderungen der Organisationen so wenig Berücksichtigung finden. Es ist harter Unsinn und lausbühliche Schwärmerei, wenn behauptet wird, daß auch die Unorganisierten ein zuverlässiger Faktor im Kampf mit dem Unternehmertum seien. Wo ist denn heute der Arbeiter, der ohne Unterstützung ein paar Wochen die Brocken hinwerfen kann? Wenn es unter den 250 000 Unorganisierten auch 1000 gibt — aber was heißt denn das? Oder glaubt man, daß Arbeitskämpfe mit einem so starken Unternehmertum, wie wir es in den Ruhrindustriellen kennen, in einigen Tagen entschieden sein werden? All das sind Fragen, auf die die Bergarbeiter selbst eine Antwort geben und ihr Handeln entsprechend einstellen müssen. Gerade im Ruhrbezirk ist das Organisationsverhältnis am schlechtesten von allen deutschen Bergbaugebieten. Und doch wäre gerade hier die stärkste Organisationsmacht vonnöten, weil die sozial- und lohnpolitische Entwicklung in diesem größten deutschen Wirtschaftsgebiete richtunggebend ist für fast das ganze Reichsgebiet. Darüber sind sich auch die Unorganisierten an der Ruhr klar, daß hier die höchsten Löhne existieren müßten entsprechend den Leuerungsverhältnissen, aber daß dazu, wie oben gesagt, auch die stärkste organisatorische Macht gehört, das wollen sie nicht begreifen. Unsere ganze Arbeit muß deshalb in nächster Zeit auf die Belehrung dieser indifferenten Massen verwandt werden, damit wir endlich eine schlagkräftige Kämpferschar an der Ruhr zusammenbringen. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß die Organisierten selber einig zusammenstehen und für den Organisationsgedanken einstehen. Nicht darf und kann die Diskussion geführt werden in fruchtloser Kritik, daß die Organisationen nicht mehr erzielt haben, sondern was r u m sie nicht mehr erzielen konnten. Damit wird die Diskussion schon von selbst auf die richtige Linie, nämlich nach den Unorganisierten, hingelenkt.

Auch dort, wo vielleicht von parteipolitischer Seite gegen die Gewerkschaftsführung vorgegangen wird und die Unorganisierten verteidigt werden, müssen unsere Funktionäre mit aller Energie einen Gegenkampf führen. Das wäre ja das Ende jeglichen organisierten Kampfes und damit jeglichen Arbeiterkampfes gegen die Unternehmer überhaupt, wenn die Auffassung Fuß fassen könnte, daß das Organisiertsein gleichgültig wäre zur Führung von Kämpfen. Wenn das so wäre, dann bräuchten die Apostel dieser Lehre ja nichts weiter zu machen, als die 250 000 Unorganisierten im Ruhrbergbau zum Kampf aufzurufen, und die Sache wäre erledigt. Die Gewerkschaften haben nämlich auf diese nicht den geringsten Einfluß. Warum versucht man solchen Schiedsbürgerstreik nicht? Aber es lohnt sich ja auch nicht, ernstlich mit dieser neuen Theorie auseinanderzusetzen. Vielleicht dient sie dazu, daß endlich die Arbeiter das Verwerfliche jeglicher Sonderbündelei in der Arbeiterbewegung einsehen und erkennen, daß der Aufstieg des Proletariats auf sozialpolitischem und besonders lohnpolitischem Gebiete nur mit Hilfe der alten großen Gewerkschaften möglich ist und jegliches Experimentieren einzelner Splittergruppen nur großen Schaden bringen kann.

Bennen wir deshalb auch aus diesen letzten Tarifbewegungen, daß nach wie vor oberstes Gebot bleiben muß, unsere Kämpferschar an der Ruhr zu stärken. Sollte wirklich die Entwicklung so weiter laufen, wie wir sie weiter oben als ziemlich sicher zeichneten, dann heißt das, daß die wirtschaftliche Besserung nicht nur für die Ruhrindustriellen höheren Verdienst bedeutet, sondern auch für die Gewerkschaften das Signal, zum offenen Kampf zu rüsten in Ausnützung des zu erwartenden konjunkturellen Aufstieges in den nächsten Jahren. Von der Vorbereitung dieser Kämpfe allein hängt der Erfolg ab.

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir noch die Nachricht, daß der vom Schlichter Brahn in Sachen des Manteltarifs und der Arbeitszeitregelung gefällte Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist.

Arbeitslosigkeit und Verbrauch.

In der Gestaltung der Gesamtwirtschaft bedeutet der Umfang der Arbeitslosigkeit einen Gradmesser für die Wirtschaftslage. Allerdings nur in groben Umrissen, denn es kann sehr wohl eine gesteigerte Produktion bis zum gewissen Grade fortwährende Arbeitslosigkeit feststellen werden, wenn durch weitverbreitete technische Umstellung in der Produktion die Leistungen der Arbeiter weit über das bisherige Maß hinausgehen, die Warenproduktion gesteigert wird unter Ausschaltung von Arbeitskräften, die der Produktionsprozess erfordert, ehe die große technische Neugeschaltung sich vollzieht.

In diesem Zustand befinden wir uns seit Jahren, denn selbst in der glänzendsten Konjunktur 1927/28 ist die Arbeitslosenquote nur wenig unter 800 000 gesunken. Stellt man nun im Vergleich hierzu den Stand der Produktion, so ergibt sich in drei der wichtigsten Erzeugnisse ein der Arbeitslosenquote entgegengesetztes Ergebnis. Für die drei Erzeugnisse der Produktion, die für die Industrie von erheblicher Bedeutung sind, für die Erzeugung von Kohle, Hoheisen und Stahl, stellt sich die Produktion von 1918 im Vergleich zu 1927/28 wie folgt (in 1000 T.):

	1913	1927	1928
Stahl	140 678	153 600	150 876
Hoheisen	87 225	150 504	166 260
Kohle	10 920	13 092	11 808
Stahl	11 918	16 164	14 520

Bei diesen Vergleichen ist die Produktion von 1913 umgerechnet auf das heutige deutsche Gebiet. Der Rückgang in der Hoheisen- und Stahlproduktion im Jahre 1928 ist im wesentlichen auf die Ausbesserung im November vorigen Jahres zurückzuführen. Die Produktion in den ersten vier Monaten dieses Jahres zeigt einen weiteren Aufschwung. Daß von diesem Aufschwung nicht alle Industrien gleichmäßig erfaßt werden, ist bekannt, immerhin kann man mit einer weiteren Belebung der Konjunktur rechnen. Die Erhaltung des Arbeitsmarktes, die gegenwärtig zu verzeichnen ist, wird fast ausschließlich vom Sektorgewerbe getragen. Bei der Senkung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 2 460 760 im Februar auf 1 125 968 im April dieses Jahres sind allein 1 100 000 Arbeiter des Baugewerbes, der Industrie der Steine und Erden, die Landwirtschaft und die Berufsgruppen der wechselnden Lohnarbeit in Anspruch zu bringen. Der weitere Rückgang der Arbeitslosenquote auf unter 750 000 läßt die starke Wandlung auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Diese Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt deuten auf das Ungeregelte der Produktion hin und den zerrüttenden Eingriff in die soziale Stellung großer Arbeiterschichten. Kein Stand hat eine so unsichere Existenz wie die Arbeiterklasse. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß eine starke Arbeitslosigkeit auch rückwirkend auf den Warenmarkt einen unheilvollen Einfluß ausübt. Jede Minderung des Einkommens großer Arbeiterschichten muß eine geminderte Kaufkraft zur Folge haben und drückt damit die niedergebende Konjunktur weiter herab.

Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinen letzten Veröffentlichungen eine differenzierte Berechnung angestellt, in welchem Maße das geminderte Einkommen der Arbeiter im Konsum sich auswirkt. Zunächst wird hervorgehoben, daß infolge der konjunkturellen Sparnung auf dem Arbeitsmarkt die durchschnittlichen Löhne weniger gestiegen sind als im Vorjahre. Im Jahre 1928 hat sich vom 1. Januar bis zum Mai der tarifmäßige Stundenlohn der gelernten Arbeiter um 4,6 Prozent, der der ungelernen Arbeiter um 4,8 Prozent erhöht. In diesem Jahre dagegen ist der Tariflohn für gelernte Arbeiter in der gleichen Zeit von 108,1 Pf. auf 110,5 Pf., d. h. nur um 2,2 Prozent, der der ungelernen von 81,2 Pf. auf 83,2 Pf., also nur um 2,5 Prozent gestiegen.

Die Auswirkung des verminderten Einkommens durch Arbeitslosigkeit tritt in den ersten Monaten dieses Jahres stark hervor. Nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts ergibt sich für das erste Vierteljahr 1929 ein Rückgang des Einkommens gegenüber dem ersten Vierteljahr 1928 von 300 Mill. M. Sehr beachtlich sind aber folgende Beobachtungen, die das Konjunkturinstitut an diese Berechnungen knüpft:

Die Einflüsse, die von einer solchen Gestaltung des Arbeitsmarktes auf die Massenkaufkraft ausgehen, sind schwerwiegender Art. Sie gehen weit über das hinaus, was diese Zahlen erkennen lassen. Denn es wäre verkehrt, die Massenkaufkraft lediglich als Summe aufzufassen zu wollen, aus deren Bewegung allein sich die Änderungen der Kaufkraft ergäben. Mit einer gleichmäßigen Minderung des Gesamteinkommens treten tief-

mehr durchgreifende Wandlungen in der Struktur der Nachfrage ein, die von der Massenkaufkraft ausgeht. Einmal das Arbeitslohn infolge zunehmender Arbeitslosigkeit, so bedeutet dies, daß die Arbeitslosen auf den Märkten als Käufer ausfallen, auf denen mit dem letzten Teil des Einkommens gekauft wird, denn die mehr oder weniger zwangsläufigen Ausgaben (Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Ernährung usw.) müssen zuerst bestritten werden. Auch reichen die Beträge, die den Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung usw. zufließen, naturgemäß nur dazu aus, den allernotwendigsten Lebensbedarf, wie er durch die starken Ausgaben gegeben ist, in beschränktem Umfang zu befriedigen. Nun werden aber gerade von dem Teil des Einkommens, der über die Deckung des starren Bedarfs hinaus übrig bleibt, die Waren des mehr elastischen Bedarfs gekauft, also in der Hauptsache Kleidung, Hausrat usw. Aus dieser Tatsache der Schichtung der Ausgaben ergibt sich, daß die Schwankungen der Kaufkraft für die letztgenannten Güter und damit die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf den Absatz

der Konsumgüterindustrie (die Güter des elastischen Bedarfs) sei in der Hauptsache Industrieerzeugnisse) und des Handels mehr stark als die Schwankungen der Massenkaufkraft in ihrer Gesamtheit.

Der Einfluß eines geminderten Arbeitslohnens wird hier in durchaus zureichender Weise dargestellt. Um nun ein weiteres zu sagen, läßt sich in diesem Zusammenhang die schwerere Krise in der Textilindustrie erklären, weil der Arbeiter seinen Bedarf in Kleidung und Wäsche stark eingeschränkt hat, und wir werden nicht außer acht lassen dürfen, daß die Minderung des Konsums auch die vielen Handelsunternehmungen erfaßt (besonders die Kleingewerbetreibenden), die nun wiederum auf den Warenmarkt für ihren persönlichen Bedarf mit verminderten Ansprüchen drücken. Aber schon ein Ausfall von 300 Mill. M. ist von erheblicher Bedeutung für die Gesamtproduktion und schwächt den inneren Markt.

Die Betrachtung des Konjunkturinstituts bestätigt zahlenmäßig den Einfluß geminderter Kaufkraft auf den Warenmarkt. Eine Erkenntnis, deren Bedeutung von unserer Seite immer wieder betont wurde, deren Richtigkeit nur von einem engbegrenzten kapitalistischen Standpunkt bestritten werden kann.

Robert Schmidt, M. d. R.

Rekordgewinne in der Kaliindustrie.

„Die dauernden Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen haben den Unternehmungen neue Lasten auferlegt, die das Ertragsergebnis stark beeinträchtigen.“ Diesen Satz findet man in allen Geschäftsberichten, die in den letzten Wochen veröffentlicht wurden. Löhne und Arbeitszeit der Arbeiter — das sind die Stiefenpferde, auf denen unserer Industrie, Führer bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten herumreiten. Daß dies nicht notwendig in der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen begründet liegt, tritt ganz offensichtlich bei der Kaliindustrie hervor. Die Arbeiterchaft empfindet darum diese fortwährenden Klagen über nicht vorhandene Notlagen als eine glatte Verhöhnung. Gerade die Kaliindustrie hätte alle Ursache, sich in dieser Beziehung eine gewisse Reserve aufzuerlegen. Die Ertragsergebnisse der Kaliwerkgesellschaften in 1928 lassen deutlich erkennen, daß die durchgreifenden Rationalisierungsmaßnahmen immer mehr zur Auswirkung kommen. Von den 229 mit Beteiligung ausgeschalteten Werken haben 60 noch heute in Betrieb befindlichen Werke rund 16,91 Millionen Doppelzentner K₂O geübert. Gegenüber 1918 ist die durchschnittliche Förderleistung um das Dreifache gestiegen. Die Gesamtzeugung je Schacht stieg von 213 115 Dz. in 1927 auf 236 897 Dz. in 1928. Die Jahresproduktion je Kopf der Belegschaft erhöhte sich von 344 Dz. in 1913 auf 588 Dz. in 1927 und 651 Dz. in 1928. Demgegenüber ging die Belegschaftszahl im Verhältnis zur Vorkriegszeit um 30 % zurück.

Die Absatzverhältnisse in der Kaliindustrie zeigen eine sehr günstige Entwicklung auf. In den letzten Jahren verteilte sich der Absatz des Kalisynbilds auf die einzelnen Gruppen wie folgt (in Doppelzentner K₂O):

	1928	1927	1926	1913
Rarnallit	15 794	18 612	18 578	68 076
Rainit	2 478 782	2 318 802	2 206 766	4 571 188
Kalibildungsätze	7 804 387	7 008 173	6 115 050	8 325 167
Chloratium	2 688 098	2 113 289	1 876 092	2 448 505
Schwefelsäure Salze	1 286 818	986 846	782 244	690 759
Insgesamt	14 213 874	12 393 722	10 998 731	11 103 694

Der Gesamtabsatz ist um 1,82 Mill. Dz. oder 14,69 Prozent gegenüber 1927 gestiegen. Sehr interessant ist dabei, daß der Absatz der hochprozentigen und auch teureren Salze bedeutend stärker gestiegen ist als der geringeren Sorten. Von dem Gesamtabsatz entfielen (in Prozent):

	1928	1927	1926	1913
auf das Inland	61,2	62,9	68,1	54,4
auf das Ausland	38,8	37,1	36,9	45,6

Esfreulicherweise kann eine fortwährende Steigerung des Auslandsabfahs festgestellt werden, während der Inlandsabfah durch die ungünstige Lage der Landwirtschaft etwas zurückgegangen ist.

Selbstverständlich sind der Kaliindustrie aus dieser günstigen Produktions- und Absatzlage ganz enorme Gewinne zugeflossen. In der Höhe der Dividenden treten aber die Mehrgewinne durchweg nicht in Erscheinung. Nur bei Burbach ist eine Erhöhung der Dividende von 10 auf 12 Prozent erfolgt. Die Bilanzen der drei größten Konzerne lassen aber erkennen, daß das Jahr 1928 ein Glanzjahr für die Kaliindustrie war. Von dem Gesamtabsatz des Deutschen Kalisynbilds entfielen 780,09 Tausendstel oder 78 Prozent auf die großen Konzerne Winterhall, Salzbefurt und Burbach. Neben diesen großen Konzernen, die die Kaliindustrie vollkommen beherrschen, spielen die vielen kleinen Gesellschaften und Konzerne nur eine unbedeutende Rolle. Ausschlaggebend für die Beurteilung der Kaliindustrie ist die Lage dieser drei großen Konzerne. Die Zahlen aus den Geschäftsberichten für das Jahr 1928 liegen jetzt vor. Daraus ergibt sich folgende Gewinnaufstellung:

	Betriebsgewinn		Reingewinn		Abfreibungen		Dividende in Prozent	
	1928	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927
in Millionen Mark								
Kaliindustrie	68,84	51,28	25,69	14,51	21,0	18,15	12	12
Salzbefurt	22,48	17,12	8,65	6,15	8,48	8,27	10/15	10/15
Burbach	22,21	—	16,14	—	1,68	—	12	10

Aus der vorstehenden Tabelle ist ersichtlich, daß die Umsätze der Gesellschaften diejenigen von 1927 ganz bedeutend übersteigen. Leider ist ein Vergleich bei Burbach nicht möglich, da die Fusion erst im letzten Geschäftsjahr erfolgt ist. Wenn in der Höhe der Dividende kein Unterschied zu dem Geschäftsjahr 1927 besteht, so liegt das im wesentlichen daran, daß die Kaliindustrie u. a. M. ihr Kapital von 120 auf 200 Mill. M. und die Burbach u. a. M. von 84 auf 125 Mill. M. im vergangenen Jahr erhöht haben. Bei einem Gesamtumsatz von rund 240 Millionen beträgt der Reingewinn etwa ein Fünftel desselben. Legt man die 50,48 Mill. M. Reingewinn auf die 373,57 Mill. M. Aktienkapital der drei Konzerne um, so ergibt sich eine Verzinsung von ungefähr 13 Prozent. Dabei sind nicht berücksichtigt die zum Teil stark gestiegenen Abfreibungen sowie die beträchtlichen Summen, die an die Reservefonds überwiesen worden sind. Die Rekordgewinne des Jahres 1928 lassen erkennen, daß die Forderungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Verhältnisse von der Kaliindustrie durchaus erfüllt werden können. Jedenfalls hat die Kaliindustrie keine Ursache, den ersten Satz dieses Artikels in ihren Geschäftsberichten so stark zu betonen.

A. W.

Fahrt durch Jugoslawien nach Dalmatien.

Von A. Wolfram.

Mit einem brüderlichen Gefühl, halb froher Erwartung auf das Unbekannte, halb leisen Zweifel: Wird es sich lohnen? — bestieg ich an einem frühen Morgen den Zug, um nach Dresden, dem Zweckort der Teilnehmer an der Dalmatienreise des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit, zu fahren. Trübe und regnerisch hingen die Wolken am Himmel, während in den vorbeiziehenden Ortschaften langsam das Leben erwachte. Winterzeit lag über die Gassen und bei lauchendem Sonnenschein fuhr der Zug in den Dresdener Hauptbahnhof ein. Nachdem im Reichner Saal des Bahnhofs die Kasse und Fahrkarten entnommen waren, begrüßte der Führer im Namen des Reichsausschusses die Teilnehmer und wünschte allen eine frohe und gewinnreiche Reise. Trotz gelauntem Wetter, die sich aus allen Teilen Deutschlands zusammenfanden, den D. Zug nach Prag.

Die Bekanntschaften waren schnell gemacht. Verwandte Seelen finden sich immer und so verging die Zeit bis zur Grenze wie im Flug. Die wunderschöne Landschaft der sächsischen Schweiz an der Elbe entlang hat ja auch genug Sehenswertes, um Langeweile nicht aufkommen zu lassen. Nach der reibungslosen Passkontrolle in Bodenbach und Überwindung eines kleinen Kinderstresses — es mußte uns klargestellt werden, daß der Wagen hochgekauft war — ging die Fahrt weiter. Der Erlaßbogen bestand aber zur Hälfte aus Abteilen zweier Masse. Eine Anzahl der Teilnehmer hatte schnell herausgefunden, daß es sich auf diesen Plätzen bequemer sitzt als in der dritten Klasse. Abgegeben von einem kurzen Intermezzo mit dem Schaffner, der uns aus diesen Abteilen herausbringen wollte, verließ die Fahrt bis Prag ohne weitere Zwischenfälle. Nachdem die Hotels in Prag bezogen waren, sammelten sich die Teilnehmer zu einem Rundgang durch die Stadt. Die Führung hatte ein junger Genosse, Student der Kunstgeschichte, übernommen, sicherlich der ideale Führer, den man sich für eine Stadt wie Prag denken kann. So wurde denn auch die Besichtigung der Kirchen in den verschiedensten Bauarten, deren Verschönerungen — wie der Kaiserpalast, die historischen Gebäude (Palastbau, Goldener Stern, wo 1866 der Friedensschluß vollzogen wurde, das alte Rathaus, Sühndenkmal, Karlskirche Geburtshaus) — zu einem Erlebnis, das tiefe Eindrücke bei allen hinterließ. Dann ging es über die 500 Meter

lange Karlsbrücke mit ihren vielen Figuren und Statuen hinauf zum Grabstein. Diese mächtige Burg mit dem Dom hat eine wechselvolle Vergangenheit und bietet eine Fülle von Sehenswürdigkeiten. Der Dom ist der sechsgrößte der Welt und stellt ein Glanzstück mittelalterlicher Baukunst dar. Die Burg selbst dient heute dem Präsidenten der Republik und dem Außenminister als Dienstgebäude. Zwischen dem Dom und der Burg liegt das historische Maximilianstegäßchen, in dessen kleine Häuserstadt II, die Maximilianen einsperre, damit sie für ihn Gold machen könnten. Von der Terrasse der Burg hat man einen unübertroffenen Ausblick auf die Stadt mit ihren 127 Kirchen und die mächtige Moldau. Neben den unübertroffenen kulturhistorischen Sehenswerten Bauten besticht Prag seinen großen Theater, darunter zwei deutsche und einen großen unterirdischen Konzertsaal mit 16 000 Plätzen. In der Altstadt stehen noch verschiedene aus früheren Jahrhunderten erhaltene Paläste der Grafen und Fürsten, die noch heute Zeugnis von dem Prunkleben früherer Generationen ablegen.

Sahen wir tags zuvor die großartigen Paläste der Grafen und Herrscher, so hatten wir auf der Fahrt nach Budapest Gelegenheit, einen Begriff von der Größe der Besitztümer dieser Herrschaften zu bekommen. Nichts bewahrt den Adelstetten, durchschnitten von der Moldau, erstreckt sich der fruchtbarste Landschaft der Tschechoslowakei. Viele Stunden durchquerte der Schnellzug hübsche Wiesen und Ländereien. Hier und dort liegen vereinzelte Meierhöfe mit dem üblichen Ziehbrunnen. Am Horizont taucht ein heller Streifen auf, der immer näher rückt. Nach kurzer Zeit haben wir ihn erreicht und sehen die Donau in mächtiger Breite ihrem Bestimmungsorte zufließen. Wir folgen ihrem Lauf, vorbei an kleinen Städten und grünen Wiesen, bis wir in der Ferne in der Abenddämmerung ein großes Häusermeer entdecken, das unschwer als Ungarns Hauptstadt Budapest erkannt wird.

In Budapest

auf der Fahrt nach dem Hotel entzünden den Fremden die schönen breiten Straßen, die vielen Kaffeehäuser mit ihren bis auf die Straße gerückten Tischen ebenso sehr wie das buntdruckige Treiben der temperamentvollen Ungarn. Die Lage der Stadt zu beiden Seiten der Donau ist einzigartig. Von der Fischerbastei aus hat der Besucher ein reizendes Panorama vor sich. Zu Füßen wälzt die Donau ihre dunklen Fluten dem Meer zu, am jenseitigen Ufer das großartige Parlamentsgebäude, eins der schönsten und

größten Europas, dahinter die grüne Margaretinsel mit überaus reicher Vegetation und einem großen Strandbad, während rechts von der Bastei der St. Gellertberg mit der jetzt geschlossenen Zitadelle die Umgebung beherrscht. Über den mächtigen Strom führen eine ganze Anzahl Brücken, deren bedeutendste in technischer Hinsicht die Elisabethbrücke mit ihrem einzigen 290 Meter langen Pfeilbogen ist. Wohl die schönste Brücke ist die in den Jahren 1888 bis 1848 erbaute Kettenbrücke (Lanthen), mit ihren 48 Meter hohen Strompfeilern auf beiden Seiten. Interessant sind die vielen Thermalquellen an den Ufern der Donau und in der Stadt, an denen große Heilbäder eingerichtet sind. Die Thermalwässer treten in einer Wärme von 46 Grad aus der Erde. Die berühmtesten Bäder sind das St. Gellertbad am Berggang sowie das große aristokratische Strand- und Hallenbad im Stadtviertel. Löhnend ist ebenfalls der Besuch des Rathauses und des Innern des Parlaments mit seinem prunkvollen Sitzungssaal. Der Einfluß der Sozialisten im Parlament ist durch das reaktionäre Militärregiment naturgemäß sehr gering. Wir konnten als Deutsche erfreut feststellen, daß trotz dieser Schwierigkeiten es die ungarischen Arbeiterorganisationen mit ihrem Verhältnis zu uns kleinen Mitgliederzahlen verstanden haben, sich eine Reihe von Dingen zu schaffen, die vorbildlich eingerichtet sind. Hervorgehoben zu werden verdient das Metallarbeiterhaus sowie das hübsche Heim der Angestellten, das mitten in einem Park liegt und in dem eine kleine Begrüßungsfeier durch die ungarischen Genossen arrangiert worden war. Aus Budapest haben wir die Gewissheit mitgenommen, daß die Genossen auch dort eifrig für die Ideen des Sozialismus werden und versuchen werden, die ihnen heute auferlegten Fesseln zu sprengen.

Wiel zu früh hieß es Abschied nehmen von Budapest, um zum nächsten Zielort unserer Reise zu gelangen. Die ungarische Tiefebene, die sich unübersehbar südlich von Budapest erstreckt und durch die Bahnlinie Budapest—Subotica durchschnitten wird, hat im letzten Jahrzehnt ein völlig anderes Aussehen erhalten. Früher Oed- und Weideland, die sogenannte Pushta, sind heute schon große Teile dem Ackerbau nutzbar gemacht. In den sandigen Gegenden sind große Weinfelder angelegt, wo der vorzügliche Ungarwein wächst. Meilenweit sieht man nichts anderes als die fruchtbare Ebene — hier und dort von kleinen Seen unterbrochen, an denen die Viehherden ihren Durst löschen.

Ah, der serbischen Grenzstation Subotica machen wir kurz Mittagsrast und bekommen im Bahnhofrestaurant ein vorzüg-

Das Werden einer neuen Ordnung.

II.

In der vorigen Abhandlung wurde dargelegt, daß sich die Bevölkerung in Deutschland in den letzten vier Jahrzehnten um 50 Prozent vermehrt habe. Dabei wurde betont, daß dieser Zuwachs durch ein gleichzeitiges riesenhaftes Anwachsen von Industrie, Handel und Verkehr reiflos aufgelassen worden ist. Eng verbunden mit dieser Entwicklung war die Entfaltung von Groß- und Kleinbetrieben, wodurch die früher handwerklich-kleinbürgerliche Betriebsverfassung weitgehend gesprengt wurde. Gleichzeitig entwickelten sich Großunternehmungen, Kartelle und ähnliche Organisationen mit dem Ziel, die wirtschaftliche Verfügungsgewalt immer stärker zu konzentrieren. Die Folge dieses wirtschaftlichen Verlaufs war eine dauernde Vermehrung der Arbeitnehmer, das heißt derjenigen Personen, die in ihrer Existenzlage ständig zur Leistung abhängiger Arbeit genötigt sind. In welchem Umfang dieser Prozeß bis heute gediehen ist, zeigt uns die Berufszählung von 1925, die ein Vorhandensein von 14,4 Millionen Arbeitern und 5,2 Millionen Angestellten und Beamten in Deutschland ermittelt hat.

Hätte dieser kurz skizzierte Wirtschaftsverlauf eine ungehemmte Entwicklung genommen, hätten die Arbeitnehmer sich nicht durch Schaffung leistungsfähiger Organisationen zuverlässige Treuhänder ihrer Lebensinteressen geschaffen, dann hätten wir heute ohne Gewerkschaften einen Zustand schlimmster wirtschaftlicher Autokratie. Ein verhältnismäßig kleiner Personenkreis würde herrschen und mit einem Federstrich über das wirtschaftliche Schicksal von mehr als zwei Drittel unseres Volkes verfügen. Kurzum: wir hätten ein wirtschaftliches Herrschaftssystem, das den politischen Ordnungen schlimmster Entrechtung in früheren Jahrhunderten gleichkäme bzw. diese noch übertreffen würde. Aber glücklicherweise haben die deutschen Arbeiter schon frühzeitig die ungeheure Gefahr eines derartigen Zustandes erkannt und sich mit der wachsenden Industrialisierung und der damit verbundenen Proletarisierung starke Gewerkschaften als wirksame Gegenpole geschaffen. Ihr stetiges Wachstum und ihre Machtentwicklung zeigen aberwieweil folgende Zahlen über das Werden der freien Gewerkschaften 1977: 50 000, 1913: 2 525 000, 1928: 4 869 782 Mitglieder.

Von den 14 Millionen Arbeitern, die wir gegenwärtig in Deutschland haben, stehen demnach viele noch nicht in den Reihen der Klassenbewußten, tatbereiten Kämpfer. Trotzdem erreichen die organisierten Arbeiter, daß die Verfügungsgewalt der Unternehmer im Verhältnis zu der früheren Willkürherrschaft mächtig eingeschränkt wurde, was folgende Gegenüberstellung aufzeigt:

Jahr	Entlohnungsbeträge	Beteiligte Betriebe	Beteiligte Arbeitnehmer
1877	—	—	—
1913	10 885	143 088	1 574 285
1927	7 490	807 300	10 970 120

Wenn deshalb heute die Produktionsmittel auch noch weitgehend im Besitz privater Unternehmungen sind, so machen die organisierten Arbeitnehmer doch in steigendem Maße ihr Recht auf einen bestmöglichen Anteil im Produktionsertrag geltend. Dieses Ziel versuchen sie bekanntlich nicht nur durch Lohn- und Preisbildung, sondern auch durch die Bekämpfung der künstlichen Preisbildung, durch Kontrolle weitgehender Monopolstellungen zu erreichen. Darüber hinaus fordern sie energisch weitere Mitbestimmungsrechte, was die beiden letzten Gewerkschaftskongresse durch ihre Forderung nach Erringung der Wirtschaftsdemokratie treffend beweisen. Daß diese programmatischen Forderungen nicht nur theoretischen Wert haben, zeigen die Darlegungen, die vor einiger Zeit in dem führenden Unternehmersongan Deutschlands, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, gemacht wurden:

„Die Arbeitgeber sind, wie das von einem ihrer Führer kürzlich dargelegt wurde, seit Jahren auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Die Angreifenden sind überall die Gewerkschaften. Man vergleiche nur die verschiedene Stimmung, die auf den diesjährigen Tagungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer herrschte! Bei den ersteren gedrückte Sorge, wie lange es noch möglich sein wird, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Arbeit fortzusetzen, bei den anderen Triumph über die erreichten materiellen Erfolge, über die erhöhten Löhne und die verkürzte Arbeitszeit. Dort der Wunsch, selbst unter Diktieren mit der anderen Seite in erträgliche Beziehungen zu kommen; hier, zum Beispiel auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß, die offene

Kampfsparole und die Drohung, die errungene politische Macht auch auf wirtschaftlichem Gebiete bis zum Weißblauen des Gegners auszuüben...“

Die Ausbreitung der Gewerkschaften führte aber nicht nur zu wirtschaftlichem Einfluß, sondern steht auch im Zeichen einer ständig wachsenden politischen Macht. Das zeigt uns auch deutlich und offenkundig das prozentuale Stimmenverhältnis der Sozialdemokratischen Partei bzw. in neuerer Zeit das der ausgesprochenen Linksparteien im Deutschen Reichstag. Dies Stimmenverhältnis verdeutlichen folgende Zahlen:

1871	4,5 %
1890	20,0 %
1912	35,0 %
1928	40,4 %

Unverkennbar zeigt sich auch hier die dauernde Machtentwicklung der deutschen Arbeiterklasse, die zugleich einen unbestreitbaren Sieg des demokratischen Prinzips bedeutet. Wie unsere Gegner diese Entwicklung beurteilen, zeigen die Auslassungen des vollaufparteilichen Abgeordneten Molkenhauer, der zu Anfang des laufenden Jahres in der „Rheinischen Zeitung“ schrieb:

Erhöhung der Altersrenten der französischen Bergarbeiter.

Für die Alters- und Invalidenrenten der Kohlenarbeiter besteht ein autonomer Fonds, der aus Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer sowie aus Staatszuschüssen gespeist wird. Der Satz der Renten, der bereits seit 1914 verschiedentlich heraufgesetzt wurde, erfährt durch das vorliegende Gesetz eine weitere erhebliche Erhöhung: Vom 1. Juni des laufenden Jahres ab erhalten Arbeiter, die nach 30jähriger Arbeitszeit das 55. Lebensjahr erreicht haben, statt einer Altersrente von 3750 Fr. eine solche von 5600 Fr. Außerdem wird die Prämie für jedes weitere Dienstjahr von 42 auf 60 Fr. erhöht. Die Pensionen für die übrigen Altersklassen werden entsprechend heraufgesetzt. Die Invalidenrente, die bisher bei zehnjähriger Dienstzeit und während der ersten fünf Jahre monatlich 235 Fr. betrug, wird auf 300 Fr. heraufgesetzt. Der Jahresbetrag der Invalidenrente wird nach Ablauf der fünf ersten Jahre statt 2700 Fr. nunmehr 3600 Fr. betragen. Die Witwen- und Waisenrenten steigen entsprechend.

1. Die Belastung der Staatsfinanzen.

Bisher wurde der Fonds der „Caisse autonome“ gespeist durch gleiche Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Höhe von 4,5 Prozent des Lohnes sowie durch einen Staatszuschuß in Höhe von 1 Prozent des Lohnes. Der Gesamtbetrag erreichte damit 10 Prozent des Lohnes. Nach dem neuen Gesetz wird die Summe dieser Beiträge am 1. Januar 1930 15,5 Prozent des Lohnsatzes erreichen. Während die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber lediglich auf 5 Prozent am 1. Juni d. J. und auf 5,5 Prozent am 1. Januar 1930 steigen, ist der Staatszuschuß von 1 auf 4,5 Prozent des Lohnsatzes erhöht worden. Da die gesamten im Jahre 1927 an die Kohlenarbeiter gezahlten Löhne auf 2,87 Milliarden Fr. berechnet werden, würde die von der Staatskasse aufzubringende Mehrbelastung von 3,5 Prozent des Lohnsatzes etwa 93,45 Millionen Fr. betragen. Diese Summe soll nach den Bestimmungen des Gesetzes durch eine Erhöhung der Kohlensteuer von 2,5 auf 3,65 Prozent gedeckt werden. Im Jahre 1928 hat die Kohlensteuer 193,17 Mill. Fr. gebracht.

2. Die Belastung der Wirtschaft.

Die Belastung einer geförderten Tonne Kohle in Nordfrankreich beträgt für Löhne und allgemeine Verwaltungskosten etwa 50 Fr., für soziale Lasten 17,65 Fr. und für Steuern 9,25 Fr. Der auf 17,65 Fr. berechnete Satz für soziale Lasten wird nach einer in dem Informationsblatt der „Société d'Etudes et d'Informations Economiques“ aufgestellten Berechnung durch die neue Erhöhung der Renten auf etwa 19 Fr. steigen. Durch die Erhöhung der Kohlensteuer wird auch der auf 9,25 Fr. berechnete Satz für die steuerliche Belastung einer Tonne auf etwa 11 bis 12 Fr. heraufgesetzt werden. Bemerkenswert ist, daß bereits die bisherige steuerliche Belastung einer Tonne neunzehnmal höher ist als vor dem Kriege. Die von den Bergwerken unmittelbar zu tragende Mehrbelastung infolge der neuerlichen Renten-erhöhung wird etwa 54 Millionen jährlich betragen.

Die Höhe der Gesamtausgaben für soziale Lasten wird für das Jahr 1927 auf 810 Mill. Fr. einschließlich der Beiträge der Arbeitnehmer und auf 662 Mill. Fr. ausschließlich der Beiträge der

Arbeitnehmer geschätzt. Die sozialen Lasten setzen sich folgendermaßen zusammen: 9 Prozent des Lohnsatzes bzw. 11 Prozent ab 1. Januar 1930 für Altersrenten; 2 bis 3 Prozent des Lohnsatzes für die Krankenkassen, zu denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleiche Beiträge leisten, die 1,5 Prozent des Lohnsatzes nicht übersteigen dürfen; 3 Prozent des Lohnsatzes für Unfallversicherung. Hinzuzurechnen sind Beiträge für Familienunterstützungen, Naturalleistungen usw., so daß die gesamten Ausgaben für soziale Lasten einschließlich der Beiträge der Arbeitnehmer fast ein Drittel und ausschließlich derselben fast ein Viertel der gezahlten Löhne betragen.

Die angeführten Überlegungen lassen Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Auswirkung des im nächsten Jahre in Kraft tretenden Gesetzes über die Sozialversicherung vom 5. April 1928 zu. Die von diesem Gesetz für Alters-, Invaliden- und Krankenkassen vorgesehenen Beitragssätze sollen 10 Prozent des Lohnes nicht übersteigen. Nach der neuen Heraushebung der Altersrenten für die Kohlenarbeiter betragen für diese die Beiträge jedoch 15,5 Prozent des Lohnes, und zwar allein für den Fonds der Altersrente. Es bleibt abzuwarten, ob nach Inkrafttreten des Sozialversicherungs-gesetzes vom 5. April 1928 die Differenz von 5,5 Prozent der Staatskasse, d. h. dem Steuerzahler oder dem Unternehmer, zur Last fallen wird. Jedenfalls ist die von den Arbeitnehmersyndikaten durchgesetzte Erhöhung der Altersrenten für die Kohlenarbeiter als erstes Anzeichen einer steigenden Belastung der französischen Wirtschaft durch Ausgaben für soziale Zwecke zu werten.

Abgesehen von der in der Öffentlichkeit noch immer heftig umstrittenen Frage, welche Form die Durchführung des Sozialversicherungsgesetzes in der Praxis annehmen wird, steht zu erwarten, daß die sozialen Forderungen der Arbeitnehmer mit wachsendem Nachdruck vertreten werden. Es ist zu bezweifeln, ob sich die Regierung, die bereits bei der Vorbereitung des Sozialversicherungsgesetzes und des Gesetzesentwurfs für die Einführung der obligatorischen Schlichtung offensichtlich unter dem Einfluß der sozialistischen Arbeiter-syndikate stand, diesen Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber auf die Dauer wird ablehnend verhalten können. Wenn man das bei der Heraushebung der Altersrenten für die Kohlenarbeiter eingeschlagene Verfahren als für die künftige Entwicklung symptomatisch erachtet, so ist vorauszusetzen, daß jedes Nachgeben der Regierung zu einer Erhöhung weniger der Beiträge der Beteiligten als des Staatszuschusses führen wird.

Es sind vorläufig noch keine Anzeichen dafür vorhanden, wie sich die Heraushebung der Altersrenten für die Kohlenarbeiter, die zum geringeren Teil durch Ergänzung der Beiträge und zum größeren Teil durch Erhöhung der Kohlensteuer finanziert wird, auf den Kohlenpreis und damit auf die Konkurrenzfähigkeit der französischen Kohle auswirken wird. Bei Berücksichtigung der durch die Streiks des vergangenen Jahres hervorgerufenen und noch nicht überwundenen schwierigen Lage der französischen Kohlenindustrie ist jedoch nicht unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit auf dem Wege der Preiserhöhung eine Abwälzung der sozialen Neubelastung auf den Verbraucher stattfinden wird.

Ans: „S. und S.“

Wohl zu den schönsten Eisenbahnfahrten gehört die Strecke Sarajevo-Mostar-Ragusa.

Die Bahn durchfährt die Bosna-Ebene und steigt am Igman entlang bis Zavaric. Von hier hat sie eine gewaltige Steigung bis 60 Grad, ehe sie zum Sattel des Gebirges gelangt. Dieser Teil ist als Zahnradstrecke ausgebaut. Hinter der Station Ivan geht es durch einen Tunnel und dann steil bergab an romantischen Felsklüften vorbei über hohe Klippen ins Tal der Neretva. Durch unzählige Tunnel an großen Wäldern vorbei, hier und dort durch bizarre Felsgebilde unterbrochen, führt der Zug den mächtigen Gebirgsflus entlang. Herrliche Wasserfälle aus schwindelnder Höhe zu beiden Seiten der Bahn geben der Landschaft ein fortwährend wechselndes Bild. In den nur spärlich bewachsenen Felsen sieht man Gamsen klettern, die dort in großer Anzahl vorkommen. Wieder ändert sich das Bild. Die Wälder verlassen uns und machen einem armseligen Gestrüpp Platz, das nach und nach auch verschwindet. Der Zug durchfährt nunmehr das Karstgebirge, dem Auge nichts als Geröll, Felsen in grotesken Formen und in der Ferne Schneegipfel bietend. Alles Leben scheint erstarbt, soweit der Blick reicht, nur Fels und Himmel. Am Fußhügel liegen einzelne Mitten verstreut, vielfach direkt in den Felsen gebaut, ihren Bewohnern kümmerlichen Schutz bietend. Einsam und von der Welt abgeköpft verbirgen hier die Karstbewohner ihr armseliges Leben. So unwirtlich und karglich wie die Gebirgswelt sind auch die Bewohner. Aus rohem Stein hergestellte Gebäude mit meistens nur einem Raum bilden das Wohnhaus, daneben steht ein kleiner Stall für die Bergziegen und Schafe. In unermüdlicher Arbeit versuchen die Bewohner dem steinigen Boden das Notwendigste zum Leben abzugewinnen. Jede Einbuchtung und Mulde, auf denen sich etwas Mutterboden befindet, werden durch hohe Steinmauern geschützt und angebauet. Die ganze Familie ist an diesem harten Existenzkampf beteiligt. An den Eisenbahnstationen sehen die Kinder und bieten Vergnügen dar. Auch Trinkwasser wird den Fahrgästen von den Bewohnern gereicht. Die Bahnhöfe sind sehr sauber gehalten und größtenteils mit annehmbaren Restaurationen ausgestattet. Nach Überwindung des Karstplateaus senkt sich die Strecke und geht einen Berghang entlang an einem großen bis 25 Kilometer langen See vorüber. Dieser See füllt die ganze Ebene fünf Monate im Jahr unter Wasser, um dann auszutrocknen. Sobald an dem einen Ende das Wasser verfliehet, beginnen die Bewohner der

Gegend die trockene Flächen zu bebauen. So konnten wir an der einen Seite einen schönen See, auf der anderen grüne Felder mit allen möglichen Naturprodukten bewundern. Die Ebene ist während des Sommers überaus fruchtbar und gleicht einer Oase in der Steinwüste des Karst. Im Herbst treten die Gewässer wieder aus den Bergen und mit ihnen auch genießbare Fische, die sonst nirgends vorkommen.

Am späten Abend treffen wir an dem Ziel unserer Reise, Ragusa, ein. Nach einer kurzen Fahrt mit dem Auto durch die abendliche Stadt mit ihrem südländischen Charakter beziehen wir unser Hotel. Der erste Weg am anderen Morgen geht dem Meer. Staunend standen wir am Strand, wo sich unseren Blicken ein unbeschreiblich schöner Anblick darbot. Soweit man sehen kann, eine blaue Wasserfläche, die in ihrer Bläue mit dem Himmel wetteifert. An der Küste entlang eine Inselkette mit teilweise üppiger Flora. Auf einer Halbinsel bis an den felsigen Strand vorgeschoben das malerisch mit Mauern umgebene Ragusa. Wie ein Schnucklästchen liegt es an der reichgegliederten Küste, gegen die Nordwinde durch ein mächtiges Gebirgsmassiv geschützt, so recht als Erholungsort geeignet. Zu beiden Seiten liegen Lapad und Ruparic. Auf der Halbinsel Lapad das in der Martinsbucht gelegene völlig geschützte Seebad gleichen Namens mit sandigem Badestrand und besonders mildem Klima. An der Südküste Ragusas stehen herrliche Zypressenwäldchen, wunderliche Palmen und Agaven neben Olivenbäumen. Die Stadt gehört zu den interessantesten Dalmatiens. Enge, winzige Gäßchen zwischen hohen Häuserreihen und mittelalterlichen Rädern geben der Stadt einen romantischen Anstrich. Auf dem alten Markt herrscht schon am frühen Morgen reges Leben, wenn die Landbewohner in ihren malerischen Trachten dort ihre Produkte absetzen. Erstauulich ist, welche Lasten die Frauen auf den Köpfen balancieren. Um den Dom herum liegen und sitzen die Lastträger und Schiffer, auf Arbeit wartend. Und über allem die Sonne am trübseligen Himmel, die mit tropischer Glut herniederbrennt. Unvergesslich ist die Beobachtung eines Sonnenuntergangs, von der Südküste Ragusas gesehen, wenn die Sonne wie ein glühender Ball im Meer verschwindet, Insel, Türme und Stadt in ein rotes Licht taucht. Nicht minder reizvoll sind die Motorbootfahrten nach den Ragusa vorgelagerten Inseln, vor allem Lokrum. Auf ihr befindet sich ein großer subtropischer Park, in dem Feigen-, Orangen-, Maulbeer-, Johannisbrotbäume neben wunderbaren Mimosen, Kastanien und Palmen zu finden sind. Zunächst dieses

liches Mahl auf mit Blumen geschmückter Tafel vorgesetzt, das sich die hungrigen Gäste gut munden lassen. Da wir noch genügend Zeit haben, machen wir einen kleinen Bummel durch die Stadt, entdecken eine alte Synagoge und ein in den prächtigsten Farben schimmerndes Rathaus. Einige Serbinnen in ihrem Nationalkostüm werden gerade von uns bewundert, als wir plötzlich von einem Gewitter überrascht werden, das uns in das nächste Kaffeehaus flüchten läßt. So plötzlich, wie der Regen in diesen Tropfen niederprasselte, hörte er auch wieder auf, und wir kamen, ohne allzu sehr nach geworden zu sein, noch pünktlich zum Bahnhof, um nach Bosnisch-Brod weiter zu fahren. Unser Weg führte durch scheinbar weite, auf denen Weizen, Mais und Zuckerrüben die am meist gebauten Früchte sind. Unzählige Kleinbahnen zweigen von der Hauptstrecke ab, so die großen Ortsschaften miteinander verbindend. Nachdem wir in Brod in die Schmalpfortbahn umgestiegen sind, verändert sich das Landschaftsbild immer mehr. Zu beiden Seiten der Bahnlinie werden Gebirgszüge sichtbar, an denen der Zug bis zur Wasserscheide emporklettert, um auf der anderen Seite in steilem Bogen wieder zu Tal zu fahren.

Der Zug folgt nunmehr der Bosna bis nach Sarajevo. Welch ein Unterschied gegen die früher besuchte Städte! Schon das äußere Stadtbild zeigt, daß wir nahe am Orient sind. Aus allein Teilen ragen die schlanken weißen Minaretts der Moscheen heraus, in den engen Gassen des Türkenviertels liegen die Kafare, während das Straßenbild durch die vielerlei Trachten und verschiedensten Türken einen geheimnisvollen Reiz erhält. Neben den serbischen Bauern in ihren bunten Gewändern mit den Schnabelschuhen tipeln die Mosleminnen in Goldschmuck und grauen, den ganzen Körper einhüllenden Ueberhängen über die Straßen. In den Vorhöfen der Moscheen kann man die Moslems bei ihren originellen Andachten beobachten, wie sie Füße, Arme und Mund waschen und nur in bloßen Füßen den Tempel betreten dürfen. Frauen ist der Zutritt untersagt. Die Frau spielt in diesen Ländern noch eine sehr untergeordnete Rolle. An den Eingängen der Stadt begegnen uns ganze Karawanen von Packeseln und Maultieren, die Waren aus der Umgebung nach der Stadt bringen. Rings um die Stadt ragen steile Gebirgsmassen empor, deren schneebedeckte Gipfel in der Sonne schimmern. Nicht weit von Sarajevo liegt die reizvolle Bosnaquelle und das große Schwefelbad Fildze, deren Quelle das Wasser 2 bis 3 Meter hoch aus der Erde schleudert.

Lohn und Profit im ober-schlesischen Erzbergbau.

Durch die Teilung Oberschlesiens verblieben nur fünf Erzgruben im deutschen Besitz. Davon sind zurzeit drei Gruben: Deutsch-Wieschlarzgrube, Fiedlersglückgrube und Friedrichsgrube mit 8400 Mann Belegschaft in Betrieb. Die stärkste Grube, Deutsch-Wieschlarz, ist im Besitz der Erben Georg v. Giesecke. Die mittlere Grube, Fiedlersglück, wird von der Schließischen Bergwerks- und Hütten-G. bewirtschaftet, während der kleinste Betrieb, Friedrichsgrube, sich in den Händen der Preussag befindet.

Der Förderwert aller Gruben betrug im verfloßenen Jahre 29 412 360 M. Alle Arbeiterlöhne betragen im gleichen Jahre nur 4 680 880 M. Während der durchschnittliche Anteil der Arbeiterlöhne am Produktionswert in der deutschen Industrie auf 46 bis 48 Prozent zu schätzen ist (mit Ausnahme des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues, wo der Lohnanteil niedriger ist), beträgt der Lohnanteil an dem Förderergebnis im ober-schlesischen Erzbergbau ungefähr 21 Prozent. Dieser niedrige Lohnanteil findet seine Erklärung in dem

beispiellosen Tiefstand der Arbeiterlöhne.

Während in dem schlechtest entlohnten und wirtschaftlich schwächeren Erzrevier Nassau-Wehlar der durchschnittliche Stundenlohn 6,03 M. im letzten Vierteljahr 1928 betrug, betrug der Stundenlohn der Arbeiter im ober-schlesischen Erzbergbau nur 4,79 M. je Schicht! In diesem Lohn lag sämtliche Zuschläge für Überarbeit sowie die Soziallöhne enthalten. Der tatsächliche Stundenlohn beträgt zurzeit in hohen Preisen 5,53 M. Der tatsächliche Stundenlohn betrug 6,74 M. Der große Unterschied zwischen Tarifvertrag und tatsächlichem Lohnanteil beweist die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Tarifvertrages. Wesentlich schlechter als die Gehälter der Arbeiter sind die Gehälter der Förderleute. Der Stundenlohn beträgt 5,22 M., der Lohn der Förderleute über 24 Jahre 4,12 M., der Stundenlohn schwankt zwischen 3,58 und 5,60 M.

Diesen Hungerlöhnen stehen ungeheure Gewinne der Grubenbesitzer gegenüber.

Die beste Bestätigung dafür befindet sich in dem Geschäftsbericht von Giesecke Erben, worin ausdrücklich erklärt wird, daß der Hauptanteil der Einnahme auf die Wieschlarzgrube zurückzuführen sei. Giesecke Erben haben ihre Inventarbestände auf 1 M. und ihre Gesamtanlagen, die auf mindestens 30 bis 40 Millionen zu schätzen sind, ebenfalls auf 1 M. abgeschrieben. Ungeheure stille Reserven sind in dem Bericht nur mühsam verdeckt worden. Der Gewinn beträgt im Geschäftsjahr 1928 rund drei Millionen Mark, wovon auf ein Behntarfensteil Anteil eine Jahresausbente von 300 M. gezahlt wurde.

Auch die Veranlagung der Fiedlersglückgrube, deren Besitz erheblich schwächer als bei Giesecke Erben ist, konnte einen äußerst günstigen Geschäftsbericht mit 3 706 000 M. Ueberschuß vorlegen und ihren Aktionären eine Dividende von 10 Prozent überweisen. Die Neuverbarung des Gräflich Gendelschen Finkelsches konnte durch die genannte Gesellschaft dazu vollständig abgeschlossen werden. Bei 16,6 Mill. M. Kapital betrug die Abschreibung 1,5 Mill. M. An diesem Betriebsergebnis wird auch die Fiedlersglückgrube erheblich beteiligt sein.

Profit und Löhne befinden sich im ober-schlesischen Erzgebiet in schreiendem Gegensatz. Die Gewerkschaften haben nach Klärung des Lohnvertrages verlangt, daß eine grundsätzliche Menberung in den Lohnverhältnissen der Erzbergleute erfolgen müsse. Ihre Forderung geht dahin, daß den Erzbergleuten mindestens die gleichen Löhne wie im Steinkohlenbergbau zu zahlen sind. Dieser Forderung kann zweifellos seitens der Unternehmer entsprochen werden. Sie werden damit auch noch immer erhebliche Profite einsehen.

Die Schlichtungsbehörde wird im vorliegenden Lohnstreit die Verpflichtung haben, die Hungerlöhne der Erzbergleute endlich zu beseitigen. Falls dieses nicht erfolgt, ist der Bergbauindustriearbeiterverband entschlossen, auch unter Anwendung des letzten Mittels den Lohnstreit im ober-schlesischen Erzgebiet zu beseitigen. Es wird Sache der Arbeiter sein, die gewerkschaftlichen Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchführung des Lohnkampfes durch reiflichen Zusammenschluß im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands zu schaffen.

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Die freie Gewerkschaftspresse ist heute eine der entscheidendsten Waffen im proletarischen Klassenkampf. Unzählige Male haben mehrere Millionen Exemplare hinaus ins weite Welt, mit ihrem Inhalt das ganze sozialpolitische sowie sozialwirtschaftliche Denken beeinflusst und zum großen Teile bestimmt. Damit ist heute von Redakteuren der freien Gewerkschaftsorgane eine große Verantwortung auferlegt. Was das Organisationsorgan schreibt, wirkt nämlich für den Leser, das Mitglied, viel schwerer, als was vielleicht zu gleicher Zeit über dasselbe Problem in der Tagespresse berichtet wird. Das Organisationsorgan ist nämlich dem Mitglied gleichzeitig das Sprachrohr, durch welches ihm schließlich die Politik seines Verbandes und dessen Gesamtrichtung übermittelt wird. So wird das Organisationsorgan oft zum entscheidenden Stimmführer für Millionen organisierter Arbeiter, wenn sie sich im Streit der öffentlichen Meinung um irgendein bestimmtes Problem für eine bestimmte Auffassung entscheiden wollen und sollen.

Gerade diese sehr oft wichtige Aufgabe in richtiger Weise und mit bestem Erfolge erfüllen zu können, sind die Gewerkschaftsredakteure ständig bemüht. Auch der kürzlich gebildete Fachausschuß für die freie Gewerkschaftspresse arbeitet zurzeit an der zweckmäßigsten Lösung dieser Aufgabe. Er berief deshalb auch auf den 15. Juni eine Konferenz der Redakteure der Verbandsorgane nach Bremen ins dortige Volkshaus, um in gemeinschaftlicher Beratung zu besten Vorschlägen an alle zuständigen Instanzen kommen zu können. Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Referat des Redakteurs Thierfelder vom „Belleidungsarbeiter“, das hauptsächlich die Frage der schnellsten Zustellung des Organs an die Mitglieder behandelte.

Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß es heute innerhalb der Gewerkschaftsbewegung viele Tausende von Fällen gibt, in denen die Mitglieder ihr Verbandsorgan erst 14 Tage oder drei Wochen nach Versand bei den Zentralexpeditionen erhalten. Daß in solchen Fällen fast quallenmäßig die Zeitung jegliches Interesse für das Mitglied verloren hat, ist selbstverständlich. Hier sollen energische Untersuchungen nach dem Grund solch verspäteter Zustellung angestellt werden durch die einzelnen Organisationen. Mancherorts ließe sich hier schon vieles Bessere durch entsprechende Umstellung der bestehenden Versandsysteme. Der Fachausschuß wird hier alle und besonders die zweckmäßigsten Möglichkeiten prüfen, auch eventuell in Verhandlung mit der Reichspostverwaltung neue Möglichkeiten schaffen und hierüber den einzelnen Verwaltungen (Redaktion, Expedition) Bericht erstatten, damit auch diesbezüglich die Entwicklung vorwärts geleitet wird.

Wahrscheinlich interessant waren auch die Ausführungen einzelner Redakteure über die vorteilhafteste Aktualisierung der Gewerkschaftspresse. Viel ist hier schon in letzter Zeit geschehen, aber es erweist sich bei solchen Zusammenkünften immer, daß nichts vorteilhafter und dienlicher für die Vereinnahmung über bestimmte Notwendigkeiten zum Ausbau der Ver-

bandsorgane ist, als solche Ausdrücke. Sie weiten das Gesichtsfeld und geben dem einzelnen Sicherheit und Gewißheit über seinen persönlichen Standort, von dem aus er die ganzen Probleme zu lösen gewöhnt ist.

Wie sehr man auch nach außen allmählich begreift, welche Macht die freie Gewerkschaftspresse mit ihren 5 Millionen Lesern besitzt, zeigt die Tatsache, daß es sich sowohl der Norddeutsche Lloyd, wie auch der Senat der Stadt Bremen nicht entgehen ließ, die versammelten Redakteure besonders einzuladen — ersterer zu einer Bestätigung der Verft und des Miesendampfers „Bremen“, letzterer zu einer Begrüßung im Bremer Volkshaus.

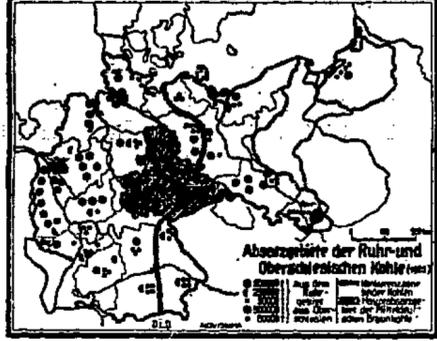
Gerade das Bremer Volkshaus (das neue Gewerkschaftshaus) verdient hier besondere Erwähnung, da es, zumindest in seinem Innenausbau, als das Beste seiner Art in Deutschland gelten darf. Der Hotelbetrieb, der sich mit den besten und vornehmsten bürgerlichen Privathotels messen kann, ist bewunderungswürdig. Aber auch die Restaurations- und sonstigen Versammlungsräume sind hervorragend sauber und schön angelegt. Mit Recht sagte einer der Kollegen bei Bestätigung des Hauses, daß in dieser Bauten für die Arbeiterbewegung das zu erstehen beginne, was die Kirche in ihren großen Domgebäuden besitzt. Würdigt man dazu noch die Rumbfahrt und Rundführung durch Bremens Kunstsammlungen und Siedlungsanlagen, wofür besonders der Bremer Arbeiterkammer zu danken ist, die in vorbildlicher Weise sich um die Organisation dieser Bestätigungen bemüht hatte, dann darf wohl gesagt werden, daß alle Redakteure diese Tagung verlassen konnten mit einem starken positiven Gehirne, der in Verwertung bei ihrer Berufstätigkeit der ganzen Bewegung zugute kommen wird.

Beiträge zur Knappschaftspensionkasse

In einigen Zeitungen erschienen in den letzten Tagen Artikel, die für die Mitglieder der Pensionkasse irreführend sind. Die „Allgemeine Wattenfelder Zeitung“, die uns vorliegt, schreibt in ihrer Nummer 149 vom 28. Juni 1929, daß nun in Zukunft alle Mitglieder der Pensionkasse, soweit sie Ruhegeldempfänger sind und noch in knappschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, keine Beiträge zur Pensionkasse mehr zu entrichten brauchen und, daß sie die bisher gezahlten Beiträge zur Pensionkasse, die sie in der Zeit des Ruhegeldempfanges entrichtet haben, zurückerstattet bekommen, und zwar auf Grund einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 15. November 1928. Das trifft zu. Dieser Artikel ist aber weiter so gehalten, daß man daraus lesen kann, daß nicht nur die Ruhegeldempfänger, also die Mitglieder der Angestelltenpensionkasse, gemeint seien, sondern daß dies für sämtliche Mitglieder der Pensionkasse, auch der Arbeiterpensionkasse, in Frage komme. Die Empfänger von Altersrente und Invalidenpension bestimmten nun die Knappschaftsältesten und verlangten, daß sie auf Grund dieses Artikels sofort auf Rückzahlung der angeblich zu Unrecht gezahlten Beiträge bei der Ruheknappschaft vorstellig werden sollten, denn die Frist zur Antragstellung läuft am 1. Juli 1929 ab. Man müßte dem Redakteur einer solchen Zeitung die Alterspensionäre und Invaliden an seinem Hause vorbeiziehen lassen, dann würde er in Zukunft sich eine derartige Entscheidung genauer ansehen. Was wird in der Entscheidung gesagt? Es wird dort folgendes ausgeführt:

„Richtig ist nur, daß Personen, die als Arbeiter in knappschaftlich versicherten Betrieben tätig sind, der Versicherungspflicht in der Arbeiterpensionkasse unterliegen, ohne Rücksicht darauf, ob sie bereits invalide im Sinne der Reichsversicherungsordnung oder berufsunfähig im Sinne des Reichsknappschaftsgesetzes sind, oder ob sie eine Invaliden-, Witwen- oder Witwenrente nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung oder eine Invalidenpension nach dem Reichsknappschaftsgesetz beziehen.“

Das heißt also, daß die Mitglieder der Angestelltenpensionkasse, soweit sie Ruhegeldempfänger sind, beitragsfrei sind, und die Mitglieder der Arbeiterpensionkasse, soweit sie invalide und Altersrentner sind, als beitragspflichtig betrachtet werden, um so mehr schon, weil nach einer Beitragsleistung von 12 Monaten sich ihr Dienstalter und auch ihre Rente auf Grund von Umrechnungen erhöht.



Die Absatzgebiete der Ruhrkohle und der ober-schlesischen Kohle. Der größte Teil Deutschlands, namentlich die Industrie, wird von der Ruhrkohle gespeist. Die ober-schlesische Kohle, die ihrer geographischen Lage nach dazu berufen war, auch den außerdeutschen Osten und Südosten zu versorgen, ist heute nach der Absandung besonders auf den Berliner Markt angewiesen, wo sie aber mit der Ruhrkohle und der englischen Kohle konkurriert.

Paradieses liegt ein altes Kloster, welches im Jahre 1192 Richard Löwenherz auf seiner Rückfahrt von Palästina Schutz in Seenot bot und heute in ein Kinderheim umgewandelt ist. An der Westseite befindet sich ein kleiner grüner See, der den Kindern als Bad dient und durch einen schmalen Felsenkanal mit dem Meere verbunden ist.

Eine Fahrt zur Umblaquelle nördlich von Nagusa bietet dem Besucher neue Wunder der Natur. Unter einer steilen Felsenwand des Salo sprudelt die mächtige Quelle der Umbla hervor. Sie ist das wieder zutage tretende Gewässer eines Flusses, der jenseits des Berges verfließt. In beiden Seiten des Flusses große Weinfelder, auf denen der berühmte Dalmatiner Wein gebohrt. Dieser Dalmatiner Wein („Goldtröpfchen“ nannten sie ihn) hatte es manchen angetan. Sogar die Abstinenzler konnten der Versuchung nicht widerstehen. Die Folgen waren fürchterlich für sie — und ihre Zimmerkassen. Anderen Tags häuerten sie hoch und heilig, keinen Wein wieder zu trinken. Ob wahr wird?

Die schönen Tage am Strande und der Umgebung von Nagusa gingen zu Ende. Nun geht die Fahrt per Schiff an der von Inseln flankierten Küste entlang

nach Split.

Diese Fahrt bei herrlichem Sonnenschein, glatter, blauer See und einem vorzüglichen Mittagessen auf dem Schiff zauderte auf alle Geschlechter Fröhlichkeit und Zufriedenheit. Bei der Einfahrt in den Hafen von Split werden deshalb die freundlichen Grüße der Bevölkerung mit ebenso großer Zuneigung von uns erwidert. Gegenüber dem Hafen erheben sich die altersgemauerten Mauern des mächtigen Diokletianischen Palastes. Der Palast Diokletians hat eine ungeheure Ausdehnung und gehört zu den größten Bauwerken, die sich aus der Römerzeit erhalten haben. Das ganze Palastinnere ist ausgebaut, d. h. die vor den Mauern und Clauen stehenden Bewohner Salonas haben sich innerhalb der Mauern und Säulenhallen ihre Häuser gebaut. Im Zentrum des Palastes liegt der Dom, umgeben von zum Teil noch antiken römischen Säulen. Der Gloriensaal — eine architektonische Schöpfung ersten Ranges — wurde vom 12. bis 17. Jahrhundert gebaut und Ende des 19. Jahrhunderts völlig restauriert. Im Innern des Domes befinden sich eine Reihe wertvoller Gemälde, eine von sechs zierlichen Säulen getragene Kanzel, deren Sockel die Flügel eines Adlers bilden, sowie reichgeschmückte Chorstühle aus dem 12. Jahrhundert. Kreuz und quer durchlaufen schmale, zum Teil überdeckte Gäßchen das Gebiet des Palastes, manchmal sind sie so eng, daß kaum zwei Personen nebeneinander gehen können. Im Süden liegt die Umfassungsmauer bis nahe an das Meer vor. Hier ist eine breite Hofpromenade mit mächtigen Palmen angelegt, auf der sich in den Abendstunden ein hurtbewegtes Leben und Treiben entwickelt. Die Splitter sind ein lebenswürdiges und lustiges Bällchen und immer bereit, dem Fremden zu raten und zu helfen, wo es not tut.

Gegen Abend besteigen wir den „Kumanovo“ zur Fahrt über die Adria nach Triest. Lange standen wir an der Reling, die Augen der Küste zugewandt, und sahen die Ortschaften, die Inseln und in der Ferne die Gipfel des felsigen Karstgebirges unserer Wälder entschwinden. Das weite, blaue Meer umgab uns, wohlige Raue teilte sich dem Körper mit und gierig sogen die Lungen die würzige Seeeluft ein. Weit und breit kein Land, Wasser und Himmel und unter den Füßen das Stampfen der Schiffsmaschinen, das in majestätischer Ruhe fahrende Schiff dem Ziele entgegenführte. Nach Einbruch der Dunkelheit tönten schwermütige Weifen am Bug des Schiffes aus dem Mannschiffsraum empor. Eine Anzahl Reisegenossen finden sich auf dem Hinterdeck in bequemen Liegeflächen zusammen und singen Volkslieder in die warme Sommernacht. Hier und dort klingen in der Ferne Leuchtfener auf, um im nächsten Moment wieder zu verschwinden. Langsam wird es einsam auf Deck, der Gesang verstummt und Ruhe zieht auf dem Schiff ein. Lust zum Schlafen hat niemand von uns. Der fernbetäte Nachthimmel und die warme Luft reizen förmlich dazu, die Nacht auf Deck zu verbringen. Die Rabinen warten aber ihrer Bewohner und dann wollen auch alle den Sonnenanfang sehen. Das war entscheidend. Wir verzogen uns in unsere Gemächer und waren bei dem leisen Schmelzen des Schiffes bald eingeschlafen. Als wir erwachten, stand die Sonne schon hoch am Himmel. Also wieder verschlafen! Na, wir werden nicht die einzigen sein, trösteten wir uns gegenseitig in unserer Kabine. Wie wir auf Deck kommen, sind nur ein paar Menschen zu sehen. Drei von der ganzen Gesellschaft haben die Sonne aufgehen sehen. Aber viel Schlimmeres war passiert. Eine Anzahl der norddeutschen Landratten konnten den Anblick des schönen Meeresspiegels nicht ertragen und bekundeten ihre Antipathie durch allzu realistische Äußerungen an der Reling des Schiffes. So ist es nun im Leben! Dem einen bekommt der Wein nicht, dem anderen das Wasser. Die anderen taten alles, um diesen Bedauernswerten die Stimmung zu verbessern mit dem Erfolg, daß bei der Ankunft in Triest alles wieder mobil war. Weniger angenehm war die lange Wartezeit am Landungsplatz, ehe man das Schiff verlassen konnte. Die Herren Italiener nehmen es mit der Kontrolle höflich genau. Der Hafen Triests ist ungeheuer groß und vollgepflegt mit den

verschiedenartigsten Schiffen. Rings auf den grünen Abhängen und Höhen liegt die Stadt, überragt von einer alten Festung. Nach dem Essen beschließt ein Teil der Gesellschaft einen Motorbootausflug nach Schloß Miramar. Raun find wir aus dem Hafen, als unser Schifflein zu kippen anfängt. Der Wind hat sich erhoben und wirbelt kleine Wellenberge auf. Wie auf einem wilden Pferde reitet unser Boot über die Wogen. Je weiter wir hinaus kommen, desto schlimmer wird das Schlingern und Schaukeln. Mein Nachbar muß mich nebst einigen anderen verlassen, um das unabwehrbare Opfer zu bringen. Endlich wenden wir in die kleine Bucht von Miramar und können unseren Ruck verlassen. Das Schloß ist herrlich auf einem Felsvorsprung direkt am Meer gelegen und wird von drei Seiten von den Wellen umspült. Dahinter befindet sich ein großartiger Park mit schönen südländischen Pflanzen und Palmen. Leider hat auch hier der strenge Winter arge Verwüstungen angerichtet. Als zur Rückfahrt gerüstet wird, streift ein Teil der Genossen. Sie wollen lieber per Autokabus nach Triest zurückkehren, als sich nochmals dem „schweißlichen“ Meer anzubewerten. Die anderen — darunter einige alte Herren — wollten aber doch auf dieser Reise auch mal krank werden und legten den Heimweg mit dem Schiff zurück. Es half aber alles nichts, selbst die Unentwegten kamen wieder nach Triest, ohne daß sie dem Meere opfern mußten.

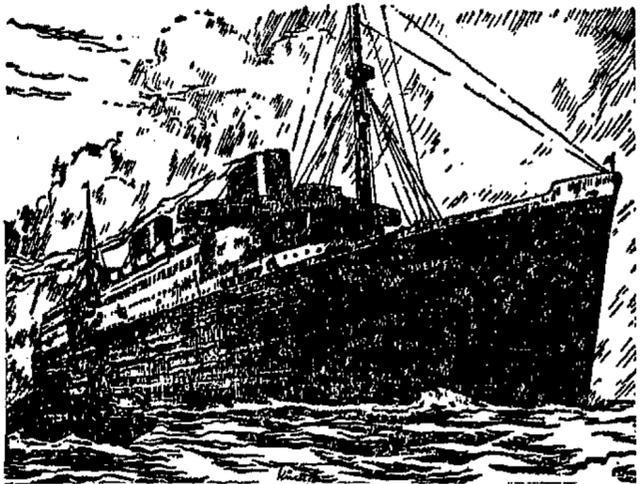
Am andern Morgen traten wir die Heimreise von Triest über Villach, Salzburg nach München an. An der Grenzstation werden schnell noch die paar Lire, die der und jener noch hat, ausgegeben, dann geht es hinaus in die herrliche Bergwelt Osterrichts. Nach den kahlen Felsen des Karst und den schwarzen Bergen Montenegro's umfassen uns wieder saftige, mit einem Blumenteppeich überfüete Wiesen und prachtvolle grüne Wälder. In der Ferne leuchten die weißen Kuppen der hohen Tauern in der Sonne. Gegen Abend kommen wir in München an. Von hier treten die einzelnen Reiseteilnehmer, soweit ihre Ferien zu Ende sind, die Heimreise an. Sich gegenseitig ein großes Wiedersehen wünschend, reist jeder seinen heimischen Benaten zu, voll all des Schönen und Interessanten, das er auf dieser Reise gesehen hat. Die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit organisierten Auslandsreisen tragen mit vollem Recht den Namen Studienreise, bieten sie doch dem Arbeiter und Angestellten eine Fülle neuer Erkenntnisse und Vermittlung von Tatsachenmaterial, das er sich sonst doch nur unvollkommen aus Büchern aneignen kann. Möge es deshalb recht vielen Arbeitern bergönn sein, von der Möglichkeit, an solchen Reisen teilzunehmen, regen Gebrauch zu machen.

Haus und Leben

An Bord der „Bremen“.

Die Redakteure der freien Gewerkschaftspresse hatten anlässlich einer Konferenz in Bremen Gelegenheit, das jüngste und imporanteste Ereignis deutscher Schiffbaukunst, den Riesenschiffbau der „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, besichtigen zu können. Die „Bremen“ ist das Schwester Schiff der „Europa“, die in Hamburg im Bau steht und besonders bekannt wurde durch den Mieserbrand, dem sie kürzlich beinahe ganz zum Opfer gefallen wäre. Die „Bremen“ wurde in Bremen auf der Werft der „Deutscher Lloyd“ erbaut und wird am 16. Juli 1929 ihre Jungfernfahrt nach Amerika antreten. Auch sie wurde schon vorzeitig etwas ungewöhnlich bekannt durch einen Streit, den die Arbeiter führen mußten, weil ihre völlig berechtigten Forderungen von der hierzu zuständigen Leitung nicht erfüllt wurden, so daß nichts anderes übrig blieb, als im offenen Kampf das Recht zu suchen.

Man ist der stolze Bau fertiggestellt. Es ist ein wahres Wunder deutscher Technik und Arbeitskunst. Es wird draußen in der Welt Beugnis abgeben von dem ungebrochenen Fortschritt des deutschen Volkes trotz verlorenem Weltkrieg.



Die „Bremen“ besitzt eine Länge von etwa 280 Meter und eine Breite von etwa 30 Meter. Sie bietet Raum für 3200 Personen einschließlich der 950 Mann betragenden Besatzung. Ebenso wie ihr Schwester Schiff, die „Europa“, ist die „Bremen“ für den Schnellverkehr zwischen Bremerhaven und New York bestimmt. Mit 46 000 Brutto-Registertonnen ist sie der größte deutsche Dampfer, ausgestattet mit allen neuzeitlichen Erfindungen deutscher Schiffbaukunst. Rund 25 Millionen Kilo Stahlbleche und Profile sind in den Dampfer verbaut, etwa 4 Millionen Nieten gelangten zur Verarbeitung. Die „Bremen“ wird die Fahrt von Bremen nach New York in sechs, von den Kanalhäfen nach New York in fünf Tagen zurücklegen. Die dritte Kajüte für Touristen und

die dritte Klasse

besitzen Einrichtungen, die in ihrer Art das Vollendetste darstellen, das den Passagieren dieser Klassen geboten werden kann. Das frühere Zwischendeck, in welchem die Passagiere in großen gemeinschaftlichen Schlafkabinen untergebracht werden, ist ganz verschwunden und an diese Stelle ist die dritte Klasse getreten. Zur Unterbringung der Fahrgäste dieser Klasse stehen Kammern für zwei bis drei Personen zur Verfügung. Alle Kammern besitzen

fließendes kaltes und warmes Wasser. Für die sanitären Bedürfnisse dieser Klasse sind zahlreiche Bäder und Toiletten vorhanden, und zwar in einer Anzahl und Ausstattung, wie sie früher im allgemeinen in der zweiten Klasse üblich war. Der dritten Klasse stehen außer den Speisekabinen als gemeinsamer Raum eine große Halle, ein Rauchsalon, ein Damenzimmer und große Promenadenbänke zur Verfügung.

Der Fahrpreis dritter Klasse Bremen - New York kostet 122,50 Dollar. Für Besuchs- und Geschäftsreisen 184 Dollar Hin- und Rückfahrt.

Der Bugas, der uns in den Räumen der ersten Klasse

entgegentritt, dürfte nirgends zu finden sein. Alle Bequemlichkeiten sind in den Zimmern, namentlich denen der ersten Klasse, vorhanden. Das vordere Treppenhaus zum Beispiel, welches durch die Räumlichkeiten der ersten Klasse geht, reicht durch 10 Etagen. Moderne Lifts sind vorhanden. Die vielfachen Decks bieten Gelegenheit, umfangreiche Spaziergänge zu machen. In der Halle der ersten Klasse haben 300 Passagiere bequem Platz. Das Speisezimmer, der Rauchsalon, die Gesellschaftsräume, das Damen-, Kinder- und Schreibzimmer, die Ballsäle, Restaurants, Theater- und Kinoräume, die Loboträume und alle jene Herrlichkeiten, die der Passagier erster Klasse genießen kann, sind in der denkbar besten Weise ausgestattet. Schön geräumig und behaglich ist auch die zweite Klasse. Hier werden die Reisenden in Kammern von einer, zwei, drei und vier Personen untergebracht. Es stehen den Passagieren dieser Klasse ein Speiseaal, ein Rauchsalon, ein Damenzimmer, eine geräumige Halle, ein Kinderspielzimmer sowie eine Turnhalle zur Verfügung. Sanitäre Einrichtungen, Sportplätze, Schwimmbäder, Spielplätze stehen den Passagieren aller Klassen zur Verfügung. Minos sind ebenfalls für alle Klassen vorgesehen. Die „Bremen“ hat große unfinkbare Rettungsboote mit einem Fassungsvermögen von je 145 Personen. Sämtliche Boote haben Motorantrieb.

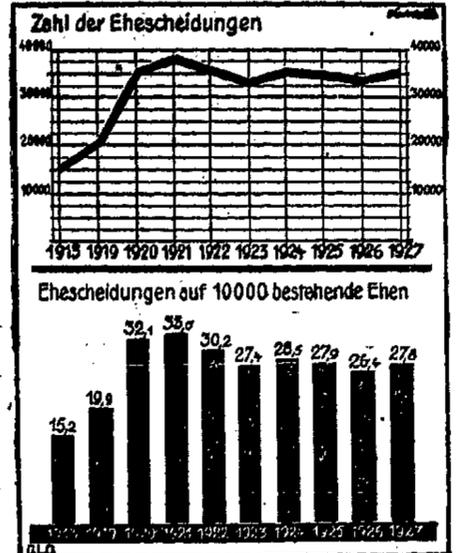
Der Proviantverbrauch

einer Reise Bremen - New York - Bremen stellt sich bei voller Besatzung des Schiffes auf 965 Zentner Fleisch und Wurstwaren, 280 Zentner Fische und ähnliches, 350 Zentner Geflügel, 80 Zentner Brot, dazu 440 Zentner Mehl, aus dem an Bord in elektrisch geheizten Defen Brot und Gebäck hergestellt wird. Der errechnete Kaffeeverbrauch stellt sich auf ungefähr 43 Zentner, außerdem sind 3 Zentner Tee und 6 Zentner Schokolade und Kakao erforderlich. Vorrätig sind weiter zu halten: 17 000 Liter Milch, 2000 Liter Sahne, 140 Zentner Butter, 20 Zentner Schmalz, 90 000 Eier, 40 Zentner Salz, 15 000 Flaschen Wein aller Art, 15 000 Flaschen Mineralwasser, 300 Hektoliter Bier, 18 000 Zigarren, 120 000 Zigaretten usw. usw.

Etwa ganz Besonderes bieten die neuen Riesenschiffe, indem sie ein Flugzeug an Bord

haben, welches 1000 Kilometer vor dem Endziel in die Luft geschossen wird. Die „Bremen“ führt einen neuen, mit Schwimmern ausgerüsteten Heinkel-Eindecker mit 4500er Motor, der durch einen Motor mit der eilige Vorkonstruktion schon einen Tag vor der Landung des Schiffes an Land befördert soll. Es ist kein Märchen, wenn wir sagen, daß dieses Flugzeug buchstäblich „in die Luft geschossen“ wird. Dies geht in der Weise vor sich, daß eine in der Mitte des Sonnendecks drehbare Schienenbahn eingebaut ist, auf der das Flugzeug auf einem Schlitten ruht. Dieser Schlitten wird mittels Freiluft mit ungeheurer Schnelligkeit vorwärtsgetrieben und somit das Flugzeug weggeschleudert. Man will auch Versuche unternehmen, Landungsmöglichkeiten für Flugzeuge und Uebernahmlichkeiten von Post zu schaffen.

Die Ehescheidungen in Deutschland Zeit 1913 - 1919 - 1927



Die Ehescheidungen in Deutschland seit 1918.

Im Jahre 1927 wurden im Deutschen Reich 38 448 Ehen geschieden. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Ehescheidungen im jetzigen Gebiet des Deutschen Reiches nur 18 657. Die Höchstzahl der Ehescheidungen brachte das Jahr 1921 mit 38 726. Seit 1913 hat sich die Zahl der Ehescheidungen mehr als verdoppelt und auch im Verhältnis zu der Zahl der bestehenden Ehen annähernd das Doppelte erreicht. Die meisten Ehescheidungen wurden nach einer Ehezeit von 5 bis 10 Jahren ausgesprochen (1927: 89 Prozent).

Zum erstenmal seit dem Beginn der Geschichte fordert der Mensch sein Menschenrecht, sein ganzes Recht. Der Arbeiter, der Proletarier, der Nichtbesitzende, er fühlt sich als Persönlichkeit. Er verlangt alles, was ihm als Menschen gebührt: das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, das Recht auf die allseitige Entwicklung seiner Fähigkeiten, auf die beständige Betätigung seines freien Willens und seiner Vernunft. Unter der doppelten Wirkung des demokratischen Lebens, das in ihm das Gefühl seiner Menschenwürde erweckt und gestärkt hat, und der Großindustrie, die den organisierten Proletariern das Bewußtsein ihrer Macht verleiht, wird der Arbeiter zu einer Persönlichkeit und will immer und überall als solche behandelt werden. Nun wohl, die Gesellschaft kann nur dann dem Proletarier das Recht auf Arbeit, das Recht auf Leben gewährleisten, erst dann ihn aus dem passiven Lohnsystem zur genossenschaftlichen Autonomie erheben, wenn sie selbst Hand an das bestehende Eigentumsystem legt. Das soziale Eigentumsrecht muß ins Leben gerufen werden, um das wahre Privateigentum zu garantieren, das Eigentumsrecht, das jedes menschliche Individuum an sich selbst hat und haben soll.

Jean Jaurès.

„Boston“.

„Langsam, mit unendlicher Geduld, in Qualen, Misserfolgen, Vergeudung, aber dennoch in sicherer Unerfüllbarkeit wird das Leben des Menschen umgeformt, bereichert, bereinigt durch die Macht des denkenden Geistes, getrieben durch die Freude und Verzückung der schöpferischen Tat, geleitet von dem Verantwortungsgesühl, dem Instinkt des Dienens, die wir unter dem Begriff „Gewissen“ zusammenfassen. Es ist unsere Aufgabe, diese höheren Fähigkeiten zu entwickeln, ist das erhabene Ziel, dem wir uns ganz weihen müssen.“

Upton Sinclair.

Upton Sinclair wurde im Jahre 1879 in Baltimore geboren, das er in seinen Kindheitsgedenken eine alte, schwerfällige Stadt nennt, in der eine Dynastie seit langem herrschender Dynastie herrscht. Seit vierzig Jahren hat deren politische Bande die Stadt beherrscht und alle Einnahmen in die Tasche gesteckt. Hier kann man sich leicht in den weiten Straßen der Giebelhäuser verirren, die alle einander gleichen. Die Proletarier leben in kleinen zweistöckigen Ziegelhäusern, die „besseren“ Leute in vierstöckigen. Ich wurde in einem vierstöckigen Haus geboren und verbrachte meine Kindheit auf den schlechtgepflegten Straßen der Stadt. In Baltimore besuchte ich keine Schule, weil unter Hausarzt meinte, ich lerne zu rasch. Der brave Mann wußte nicht, daß die Schule gegen dieses Uebel gerade das beste Mittel gewesen wäre.“ Sinclair eroberte sich das Wertvolle aus dem zu einem Instrument der herrschenden Gesellschaft aufgezogenen Schulsystem. Von der Höhe seines unversierten Wissens wird er auf den labyrinthischen Weg zurück, den er nahm. Sein sicherer Instinkt ließ ihn stets Sackgassen und Umwege erkennen und mit feiner Entschlossenheit umkehren: „Ich habe auf die Letztvorteile philosophischer Werke, auf das Studieren philosophischer Feinheiten viel Zeit verwandt. Da mein Studium beendet war, hatte ich, was die Metaphysik anbelangt, absolut nichts gelernt, und es blieb bei mir bloß die Mühe, aus meinem Geist unzählige Wortgehirne zu fegen. Ihr werdet bemerkt haben, daß ich ein Optimist bin. Viele der großen Philosophen hingegen haben sich pessimistisch genannt, doch habe ich mit einem heimlichen Lächeln bemerkt, daß gerade diese Menschen am härtesten arbeiten, um ihre Ideen zu verbreiten und damit die Bedeutsamkeit der Wahrheit und die Verbesserungsmöglichkeit der Menschheit anzuerkennen. Setzt Arbeiter und Ärzte, die in den Armenvierteln arbeiten, befehlen, es gebe keine Draben und keine unartigen Kinder, es gebe nur gesunde und fröhliche Kinder. So möchte auch ich sagen: es gibt weder Pessimisten noch Optimisten, es gibt bloß geistig kränke und geistig gesunde Menschen. Da ich an der Hochschule war, lebte es einer der Professoren, die Frage zu stellen: Wären Sie lieber ein glückliches Schwein oder ein unglücklicher Philosoph? Ich antwortete stets: Ich wäre lieber ein glücklicher Philo-

soph, worauf der Professor erwiderte: Das ist unmöglich — und ich sagte: Ich werde bemühen, daß es möglich ist.“

Der Name Upton Sinclair erschien wie ein roter Planet im Sternennbanner. Sinclairs Romane gingen über die ganze Welt und erzählten von einem andern Amerika, von dem Amerika des Klassenkampfes, von der Ausbeutung der „hergelassenen“ Proletarier, von den welterschütternden Aktionen der Börsen, Eisen- und Zellknige, aber auch vom ersten Erwachen des Klassenbewußt-



seins. Die ereignisreiche Zeit sorgte dafür, daß ihm der Stoff nie ausging. Eines Tages überraschte er die Welt mit seinem nach Umfang und Bedeutung größten Buch „Boston“. „Der Entschluß, diesen Roman zu schreiben“, so sagt Upton Sinclair im Vorwort dieses im Malik-Verlag erschienenen und von der Büchergilde Gutenberg Berlin als Nebenausgabe für ihre Mitglieder zum Preise von 4,50 M. herausgegebenen umfangreichen Werke, wurde am 22. August 1927, um 9 Uhr 15 Minuten abends, gefaßt. Der Anlaß war ein Tele-

phonanruf einer Zeitung, des Inhalts, Sacco und Banzetti seien tot. Es schien dem Verfasser, daß die Welt die Wahrheit über diesen Fall werde erfahren wollen; seine Annahme erwies sich als richtig: aus fünf Weltteilen erhob sich eine Flut von Kabeltelegrammen und Briefen über ihn mit der Aufforderung, eben das zu tun, wofür er sich schon entschieden hatte. Ein „zeitgenössischer historischer Roman“ ist eine ungewöhnliche Kunstform und mag einer Erklärung bedürfen. Was die beiden Hauptpersonen, Nicola Sacco und Bartolomeo Banzetti, betrifft, ist dieses Buch keine Dichtung, vielmehr ein Versuch, Geschichte zu schreiben; alles, was sie in meiner Darstellung tun, haben die beiden wirklich getan, ihre Aussagen sind Briefe von ihrer Hand oder den Mitteilungen ihrer Freunde und Widersacher entnommen. Auch diese Freunde und Widersacher treten in eigener Person unter ihren richtigen Namen auf.“

Es ist die Zeit der Hochkonjunktur für die amerikanischen Kapitalisten. Auf dem blutigen Acker des Weltkrieges blüht der Profit. Blühlich wird der „Fehlaktivismus im Gehrod“ durch das Gespenst des Bolschewismus gestört. Die Arbeiter regen sich, zeigen Anfänge von Macht. Da finden sich die Kapitalisten, die sich sonst gegenseitig zerfleischen, zu gemeinsamer Front zusammen, und der weiße Terror reißt seine Atacken. Spindel und Probokateure konstruieren Bombenattentate und Ueberfälle, und Sacco und Banzetti geraten in die Klauen der Justiz. Der Bestechungsring schließt sich um sie, ein Exempel soll statuiert werden. Entlastungszeugen werden arbeitslos, Dolmetscher lügen, Meineide werden ungestraft geschworen, die Massenjustiz reißt sich selbst in Stücke ab, und die organisationsfeindlichen Anarchisten können etwas lernen von der organisierten Macht des Staates. Und während ein Standalprozeß zwischen Millionären den Beweis dafür liefert, daß die großen Banditen keine Banditen brauchen, keine besonderen Polizisten, keine hüftigen Richter, foltert der Staat die beiden Märtyrer ihrer Idee in siebenjähriger Haft im Angesicht des elektrischen Stuhles. Saccos und Banzettis Rechtsanwälte hatten die Partei genommen, aber ihre Gegner warfen das Schwachwort um und ihnen die Figuren ins Gesicht.

Endlich geht die siebenjährige Marter zu Ende. „Es gab kein Gesetz, es gab nur: den Klassenkampf“ — also mußten Sacco und Banzetti sterben. Tausende von Polizisten, von Kosaken des allmächtigen Dollars, reiten die gegen den Justizmord aufstehenden Massen nieder, die Entrüstung der ganzen Welt wird hochlachend beiseitegeschoben, für 250 Dollar pro Opfer tut der Henker sein Werk. Und von Sacco und Banzetti bleibt nur ihr Testament an die revolutionären Arbeiter der Welt. Nur? Ihr Leben gehörte der revolutionären Propaganda, ihr Tod war ihr Triumph: die ganze Welt horchte auf.

Upton Sinclairs Roman „Boston“ läßt dieses Testament wieder lebendig werden. Die Hiesenaufgaben der Bücher Sinclairs sind das einzig richtige Fundament, von dem aus die gewandelter Brüder der zehn Millionen Arbeiter der Welt zu ihren Kameraden sprechen.

Aus dem Saargebiet.

Konferenz der Knappschäftsältesten.

Am 28. Juni waren die im Verband der Bergbauindustriearbeiter organisierten Knappschäftsältesten des Saar-Knappschäftsvereins in dem evangelischen Gemeindehaus Marienburg zu Saarbrücken versammelt. Sie beschäftigten sich mit der Neuordnung der Unfallversicherung und der kommenden Neuregelung der Knappschäftsversicherung. Ueber die Unfallversicherung referierte Kamerad Hoffmann. Er erläuterte die Entwicklung in der Vorkriegszeit und die besonderen Verhältnisse im Saargebiet bis zum Inkrafttreten der Weidberger Abrede. Er wies darauf hin, daß durch die Gewerkschaften die Weidberger Abrede propagiert und zustande gekommen sei. Diefelbe hatte in ihrem § 4 auch die neue Regelung der saarländischen Unfallversicherung bestimmt. Leider hat die Regierungskommission diese erst am 15. Mai 1929 beschlossen. In eingehender Weise schilderte dann Redner die entstandenen Verbesserungen, die bereits in unserem Organ in einer längeren Abhandlung behandelt worden sind. Zum Schluß wies er darauf hin, daß in der Sozialversicherung das reiche Vorkriegs-Deutschland lange nicht das, was das arme Nachkriegs-Deutschland geleistet hat. Die Ausgaben betragen nämlich (in Millionen Mark):

	1918	1928
Krankenversicherung	580	1900
Unfallversicherung	280	850
Invalidenversicherung	290	1080
Angestelltenversicherung	140	320
Knappschäftliche Pensionsversicherung	75	220
Zusammen	1315	3870

Der Aufwand des Reiches zur Sozialversicherung betrug (in Millionen Mark):

	1918	1928
Krankenversicherung	—	30
Unfallversicherung	60	360
Zusammen	60	390
Gesamtaufwand	1275	4260

Gleichzeitig wies Redner darauf hin, daß nach den Zahlen des statistischen Amtes der Reichsregierung, in allen Kommunen, Ländern und im Reich 1928 286,6 Mill. M. mehr als 1913 für das Wohlfahrtswesen ausgegeben worden sind, daß gleichzeitig in demselben Jahre 303,4 Mill. M. mehr als 1913 für die äußeren und inneren Kriegslasten ausgegeben wurden. Wenn die Erhöhung dieser Kriegslasten berücksichtigt wird, die seit 1925 eingetreten ist, könne man im Jahre 1929 rund 4 Milliarden mehr als 1913 rechnen. Er fügte noch hinzu, daß im Jahre 1913 insgesamt nur 2,7 Mill. M. für die Arbeitslosenfürsorge ausgegeben wurden und im Jahre 1928 etwa 1000 Mill. M. Aus diesen Zahlen sei zu ersehen, daß dank der Tätigkeit der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit immerhin wesentliche Fortschritte erzielt worden seien. Die arme, durch die ungeheure Kriegs- und Inflationszeit stark in Mitleidenschaft gezogene demokratische Republik hat diese starken Mehraufwendungen gemacht, die in dem reichen monarchistischen Vorkriegs-Deutschland immer abgelehnt worden sind. Gätte man den Reichtum der Vorkriegszeit noch und wäre der Krieg mit seinen verheerenden Folgen nicht eingetreten, dann wäre bei dem jetzigen politischen System im Reich noch viel mehr herauszuholen gewesen.

Der Referent schloß seine Ausführungen mit der Bitte an die Knappschäftsältesten, draußen im Revier darauf hinzuwirken zu wollen, daß die Gewerkschaften weiter gestärkt und gekräftigt werden, denn ohne leistungsfähige Gewerkschaften seien auch keine Fortschritte zu erwarten.

Kamerad Michel referierte über die Knappschäftsversicherung. Er ging die bis jetzt geführten Verhandlungen durch und behauptete, daß die Weidberger Abrede diesen Zweig der Versicherung nicht befriedigend geregelt hat und dadurch auch kaum eine Angleichung an die Reichsbestimmungen von der Regierungskommission vorgenommen wird. Aus den bis jetzt geführten Verhandlungen sei jedenfalls zu erkennen, daß die Regierungskommission nicht an die Einführung des Reichsknappschäftsgesetzes denke. Der Verband müsse für diese Einführung weiter kämpfen. Er erläuterte dann den jetzigen Zustand betreffend die Reichsbeiträge, welcher durch die neue Knappschäftsabrede umgestellt werden solle. Bedauerlich sei, daß bis jetzt die Gewerkschaften noch keine Kenntnis erhalten hätten, was die neue Knappschäftsabrede mit sich bringen solle. Es ginge nicht an, daß die zuständigen Stellen sich immer in Schweigen hüllten. Zu begrüßen sei, daß durch die hiers geführten Verhandlungen die Regierungskommission zu einer Neuordnung veranlaßt worden wäre. Soweit er wisse, soll sich die Regierungskommission mit den Entwürfen bereits beschäftigen. Somit sei zu erwarten, daß Anfang Juli die Vorlage dem Landesrat vorgelegt würde. Er betonte, daß die Organisationsleitung alles einsehen würde, damit eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes eintrete.

Die beiden Referate wurden von den Knappschäftsältesten mit großem Interesse und Beifall aufgenommen und eingehend debattiert. An der Debatte beteiligten sich 12 Knappschäftsälteste, welche die Ausführungen der Referenten unterstützen, Anfragen stellen und einzelne Mißstände vordrängten. Allgemein wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß alsbald eine Generalversammlung des Saar-Knappschäftsvereins stattfinden müsse.

Im Schlußwort beantwortete Kamerad Hoffmann die aufgeworfenen Fragen und teilte mit, daß die Rentenrechnungsarbeiten beim Saar-Knappschäftsverein trotz aller Schwierigkeiten immerhin einen wesentlichen Fortschritt gemacht hätten. Die noch unzureichenden seien überwiegend Rentenempfänger, die außerhalb des Saargebietes wohnen, sowie diejenigen, deren Renten sich aus irgendeinem Grunde in Beschäftigung befinden und zur Rentenrechnung im Laufe des Jahres noch nicht vorgelegt werden konnten. Die Lohnrechnungsarbeiten gingen also ihrem Abschluß entgegen. Die noch ausstehenden Fälle werden früher auch alle in einigen Wochen erledigt sein. Alle diejenigen, welche neu die Rente bekommen, erhalten vorläufig die Vorschüsse weiter. Die Festsetzung der Rente soll nach einiger Zeit kommen, da die neue Knappschäftsabrede sowie die Erhöhung der Leistungen aus der Invalidenversicherung abgearbeitet werden sollen.

Redner gab dann bekannt, daß eine Erhöhung der Leistungen aus der Invalidenversicherung in Aussicht stehe und zwar sollten die Saarleistungen um 10 Prozent erhöht werden. Damit würden die im Reichsgesetz enthaltenen Markbeträge $\times 6/5$ im Saargebiet in Franc als Saarleistungen gewährt werden. Auch das sei wieder ein beachtlicher gewerkschaftlicher Erfolg, da die Gewerkschaften sich sehr für die Angleichung der Saarleistungen an die Reichsleistungen eingesetzt hatten.

Nachdem noch über drei eingegangene Entschließungen, die einstimmig angenommen wurden, abgestimmt wurde, wurde die gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Die Entschließungen lauten:

1. Unfallversicherung.

Die im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisierten Knappschäftsältesten des Saar-Knappschäftsvereins haben in der Neuordnung der Unfallversicherung eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem früheren Zustand. Sie bedauern, daß die vollständige Angleichung an das Reichsgesetz nicht durchgeführt worden ist. Diefelbe wird nach wie vor gefordert. Die Knappschäftsältesten beauftragen die Organisationsleitung, den Kampf für die vollständige Einführung der Reichsbestimmungen weiter zu führen. Sie geloben sich, in diesem Kampfe die Organisationsleitung zu unterstützen und für die Stärkung des Verbandes weiter zu arbeiten, da ohne Organisation kein sozialer Fortschritt zu erwarten ist.

2. Knappschäftsversicherung.

Die im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands organisierten Knappschäftsältesten des Saar-Knappschäftsvereins bedauern, daß die Neuordnung des Knappschäftsrechtes noch nicht erfolgt ist. Es wird erwartet, daß diefelbe nun endlich durchgeführt wird und eine Angleichung an das Reichsgesetz erfolgt. So wie jetzt könne es nicht weiter gehen. Sie legen gegen diese Verschiebung entschiedenen Widerstand ein. Sie unterstützen die aufgestellte Forderung auf Staatshilfe für die Knappschäftsabrede, da diefelbe vollumfänglich und begründet ist. Man kann den Bergarbeitern nicht zumuten, weiter die Lasten für die Kriegsschäden zu tragen. Sie fordern, daß der öfters aufgestellten Forderung auf Einführung des Reichsknappschäftsgesetzes endlich entsprochen wird. Die Organisationsleitung wird beauftragt, auf dem bisher beschrittenen Weg weiter zu arbeiten, damit das Ziel endlich erreicht wird.

3. Generalversammlung.

Die heutige Konferenz der Knappschäftsältesten des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beantragt, daß baldigst eine Generalversammlung des Saar-Knappschäftsvereins abgehalten wird.

Abjahl der Lohnverhandlungen.

Der am 16. Mai von unserem Verband und den übrigen Tariforganisationen gestellte Antrag auf Verhandlung über Erhöhung der Löhne fand bei der Generaldirektion keine Gegenliebe. Die Begründung der Lohnverhandlung damit, daß die Leistung gestiegen sei und die Kaufkraft der Belegschaft sich erhöht habe, war für den Arbeitgeber in den Verhandlungen am 3. Juni nicht stichhaltig genug, eine Lohnverhandlung zu gewähren. Er warf ein, die Leistung sei seit November nur um 2,5 Prozent, die Leistung um 3 Prozent gestiegen, was eine Erhöhung des Lohnes nicht rechtfertige. Die Organisationen wiesen darauf hin, daß die Kohlenpreise in Frankreich infolge Erhöhung der Löhne der französischen Bergarbeiter ab 1. Mai gestiegen worden seien, somit auch die Preise für Saarkohlen als Ausgleich erhöht werden können. Wenn die Preisentwicklung in Frankreich in den letzten Monaten temporär etwas stärker anziehe als im Saargebiet, dann sei zu berücksichtigen, daß sich die Kurve im Saargebiet früher als in Frankreich nach oben bewegte. Beweis: Der Teuerungsindeks betrug in Nordfrankreich im Monat Mai 1928, in Straßburg 645 und in Saarbrücken 643,1 Punkte. Die Direktion suchte dem zu begegnen mit dem Einwand, daß die Löhne der Saarbergarbeiter höher seien als diejenigen in Frankreich. Die Verhandlungen verliefen damals ergebnislos. Die Verwaltung erklärte aber, daß der Verwaltungsrat der Saargruben sich am 20. Juni noch einmal mit der Lohnfrage beschäftigen würde.

Am 13. Juni richteten die Verbände deshalb auch ein Schreiben an den Verwaltungsrat. Darin wurde die Forderung auf Lohnverhandlung erneut begründet und ersucht, der Generaldirektion Vollmacht zur Erhöhung der Löhne zu erteilen.

In Verfolg dieses Schreibens fanden dann am 17., 19., 20. und 21. Juni Verhandlungen statt, welche zu einem neuen Abschluß des Lohnvertrages ab 1. Juni führten.

Die Generaldirektion verlangte, den Lohnvertrags für ein halbes Jahr, bis Ende 1929, als unklindbar abzuschließen. Nur wenn die Teuerungsziffer über 670 oder unter 615 sich verändern sollte, sei die Kündigung zulässig.

Die Organisationen lehnten unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine längere Vertragsdauer ab, da nicht nur die Teuerungsziffer, sondern auch die Leistung, Kohlenpreise und Ueber-schüsse, die sich in häufiger Veränderung befinden, beachtenswerte Faktoren bei der Lohngestaltung der Arbeiter seien.

Die Verhandlungen hatten im einzelnen folgendes Ergebnis: Der Multiplikator wird für alle Lohn- und Zulagegruppen von 1,25 auf 1,32 erhöht. Die Erhöhung beträgt für den durchschnittlichen Hauergehenslohn von 10 Fr. pro Schicht 2,10 Fr. für den geringsten Lohn über Tage 1,68 Fr.

Die Handwerkerlöhne werden besonders berücksichtigt. Damit wird eine stets wiederholte Forderung des Verbandes erfüllt, indem neben der allgemeinen Erhöhung die Alterszulagen, die bisher 1 Fr. betragen, auf 2,50 Fr. erhöht werden.

Als Handwerker gelten:

- a) Unter Tage: Lokomotivführer, Maschinewarter, Pumpen-wärter bei der Hauptwasserhaltung, Lokomotivschlosser, Maurer in Schächten, gelernte Handwerker unter Tage, die eine geordnete Lehrzeit durchgemacht haben, Rohrschlosser (gelernte Handwerker und mit handwerksmäßigen Arbeiten beschäftigt), Maschinenzähler.
- b) Ueber Tage: Bauarbeiter, gelernte Handwerker (so weit sie eine geordnete Lehrzeit durchgemacht haben oder mindestens drei Jahre diese Arbeit verrichtet und das höchste Schichtlohn-alter erreicht haben), Fördermaschinen im Schichtlohn, Elektromonteur, Wassermesser (gelernte Handwerker), Maschinewärter, Lampenaufseher (die gelernte Handwerker sind und Lampen reparieren), Wäscher in Kohlenwäschen (so weit sie gelernte Handwerker sind), Handwerker in der Bauabteilung, Zeichner und Marktschreiber, welche ein Abgangszeugnis eines Technikers oder einer Baugewerkschule besitzen und mindestens drei Jahre in Lohnklasse II verzeichnet wurden.

Löhne der Kohlerebeiter. Eine bei jeder Lohn-erhöhung von den Vertretern des Verbandes erhobene Forderung war, daß der Kohlerebetrieb heimlich als Spezialbetrieb auch in der Lohngestaltung angesehen werden soll. Die Verwaltung erkannte nun an, daß die Arbeiter der Kohlerei neben der allgemeinen Er-höhung eine weitere Erhöhung durch eine Leistungszulage erhalten sollen. Die Festsetzung der Höhe erfolgt in einer besonderen Ver-handlung auf dem Kohlerebetrieb heimlich.

Wagenkontrollreure: Die Wagenkontrollreure erhielten bisher den Lohn der Gruppe I über Tage. Der Verband hat seit Jahren verlangt, daß diese Vertrauensleute der Belegschaft, welche sehr oft aus ihrer Dauerstätigkeit heraus gewählt werden, den Dauerdurchschnittslohn erhalten sollen. Dem Antrage wurde nun entsprochen.

Kindergeld der pfälzischen Arbeiter. Die Kinder der Arbeiter, welche in dem pfälzischen Teil wohnen, haben nur einen siebenjährigen Schulbesuch. Der Lohnvertrags sieht vor, daß Kindergeld bis zur Schulentlassung gezahlt wird. Dadurch erhalten die Arbeiter des preußischen Teils Kindergeld bis 14 Jahren bei achtjährigem Schulbesuch, die im bairischen Teil bis 13 Jahren. Der Verband hatte bereits schriftlich auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht, mit der Begründung, daß ein Kind mit 13 Jahren keine Arbeit erhalten kann und eine Gleichstellung des Kinder-geldes gerechtfertigt erschiene. Die Direktion erkannte die Be-gründung an und soll durch eine Dienstanweisung der Bezug des Kindergeldes für die Pfälzer wie bei achtjährigem Schulbesuch ge-regelt werden.

Die Lohnerhöhung beträgt in den einzelnen Gruppen 5,6 Pro-zent insgesamt, einschließlich der besonderen Verbesserungen etwas über 6 Prozent. Sie wirkt sich auf die einzelnen Lohngruppen folgendermaßen aus (in Fr.):

	bisher	ab 1. Juni	mehr
Dauerdurchschnittslohn	37,50	39,60	2,10
Sauermindestlohn	35,—	36,96	1,96
Gruppe I unter Tage	35,—	36,96	1,96
Gruppe II " "	33,12	34,98	1,86
Gruppe III " "	31,25	33,—	1,75
Gruppe I über Tage	33,12	34,98	1,86
Gruppe II " "	31,25	33,—	1,75
Gruppe III " "	30,—	31,68	1,68
Handwerker unter Tage mit Alters- und Mindestzulage	37,25	41,32	4,07
Handwerker über Tage mit Alters- und Mindestzulage	35,37	39,84	3,97
Wagenkontrollreure	33,12	39,60	6,48
Jugendliche 14—15 Jahre	10,50	11,08	0,58
" 15—16 "	18,50	14,25	0,75

Die Zulagen betragen:

	Grundbetrag	Endbetrag
Kategorie II	0,80 bis 0,60	0,40 bis 0,80
" III	0,70 " 1,—	0,92 " 1,82
" IV	1,10 " 1,40	1,45 " 1,85

Der Lohnvertrags trat am 1. Juni in Kraft und ist mit einmonatiger Frist kündbar.

Die Erhöhung des Lohnes ist ein gewerkschaftlicher Erfolg, der um so höher zu bewerten ist, als er ohne besondere Opfer der Bergarbeiter erreicht wurde. Bedauerlich ist, daß die einzelnen Wünsche um bessere Bezahlung der Bergarbeiter, Wiegenmeister, Magazinarbeiter usw. keine Berücksichtigung fanden.

Gewiß kann man nicht behaupten, daß nun die Lohnfrage der Saarbergarbeiter für die Zukunft gelöst ist. Die Teuerung wird sich noch weiter auswirken und den Verband wie bisher zu einer scharfen Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung zwingen. Den Gewerkschaftsgegnern und Unorganisierten muß aber ins Gedächtnis gerufen werden, daß im 1. Halbjahre 1929 es dem Verband mit den übrigen Tariforganisationen gelang, die Löhne der Bergarbeiter um 3,47 Fr. täglich oder insgesamt um 65 Mill. Fr. jährlich zu verbessern. Dazu kommen wesentliche Verbesserungen durch Reform des Manteltarifes, welche ab 1. Mai in Kraft getreten sind. Die Erhöhung der Bezüge der Invaliden und Unfallrentner, die auf Grund der Weidberger Abrede von der Organisationsleitung erwirkt wurde, beträgt ebenfalls Millionen von Franc. Aber trotz aller Erfolge der organisierten Arbeitermacht gibt es noch Lärme, welche wohl ernten, aber nicht säen.

Verbandsmitglieder! Bringt im eigenen Interesse den letzten Unorganisierten in unsere Kampfzeilen!

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Difteln. Am 1. Juni wurde unser alter Kamerad und Kämpfer Gustav Suhnendorf zu Grabe getragen. Rund 35 Jahre gehörte er dem Verband und der Partei an. Er war immer ein untrüger und tapferer Held im Kampf ums gerechte Dasein. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken bewahren!

Zahlstelle Bannewitz. Wieder hat der Tod zwei unserer treuesten Mitglieder dahingerafft. Am 20. Juni verunglückte in der Frühstunde unser Kamerad Paul Hermann aus Hainichen im Glindaufschacht durch hereinstreichendes Gestein tödlich. Am gleichen Tage starb im Krankenhaus zu Freital unser Kamerad Alfred Danner aus Bönninghausen an schwerer Bauchfellentzündung. Beide Kameraden waren im Kreise ihrer Mitarbeiter sehr beliebt und waren eifrige tätige Förderer unserer Organisation. Die Zahlstelle verliert in beiden zwei treue Mitglieder. Ihr Andenken werden wir stets in Ehren halten!

Zahlstelle Kreschhagen. Am 21. Juni starb unser Kamerad Friedrich Ziehlke. Der Weritobene, ein Jambolide, war seit dem 1. Oktober 1900 Mitglied unseres Verbandes. Es war ihm nicht vergönnt, den Tag der 40. Jahressfeier zu erleben. Da er stets unter der roten Fahne gekämpft hat, werden wir ihm ein gutes Gedenken bewahren!

Zahlstelle Kreschschau. Am 20. Mai verschied nach kurzer Krank-heit unser Kamerad Wilhelm Gärtig. Er gehörte 28 Jahre dem Verband an und stand immer in erster Reihe. Er hat die Beschäfte des Kohlerebes über 15 Jahre treu und ehrlich geführt. Wir haben an ihm einen unserer besten Funktionäre verloren. Allen Kameraden war er stets ein Vorbild. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Herrenfahr. Am 2. Juni starb nach achtstägiger Krankheit unser alter Arbeitskollege Wilhelm Bemer im 63. Lebensjahre. Die Zahlstelle verliert in ihm einen Kameraden von edlem Charakter. Wir werden sein Andenken bewahren!

Verbandsnachrichten

Verlegung der Geschäftsstelle Bochum. Ab 1. Juli befindet sich die Geschäftsstelle Bochum in Bochum, Kaiserstraße 34, 2. Et.

Arbeitersekretariat Dortmund. Während des Monats Juli weilt der Sekretär in Ferien. Wenn auch während dieser Zeit für Vertretung im Arbeitersekretariat gesorgt ist, so wird doch ge-beten, daseelbe während der Ferienzeit nur in dringenden, nicht aufchiebbaren Fällen in Anspruch zu nehmen.

Bücherrevision.

Kreschschau. Vom 7. bis 14. Juli. — Rünthe. Im Monat Juli — Hülkerhausen bei Dorsten. Vom 15. bis 31. Juli. Die Mit-glieder werden gebeten, die Bücher bereit zu halten!

Knappschäftsältestenkommission Dortmund-Hamm.

Sonntag, 7. Juli, morgens 9½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Urena, Frühlingsstraße: Quartalsitzung. Zur Anbahnung: öffentliche Knappschäftsältestenversammlung. Erwählung aller Ehrenämter.

Was hat der Gefündigte zu tun?

Ausgaben:

Einnahmen:

Über die ersten Schritte nach der Kündigung herrscht leider noch vielfach Unklarheit, und zwar sehr zum Nachteil des Entlassenen. Trotz der fleißigen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften gibt es immer noch Arbeitnehmer, welche der stattfindenden Arbeitslosigkeit unvorbereitet gegenüberstehen. Es seien daher nachfolgend die wichtigsten Wege zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des Gefündigten dargestellt.

Die Sicherung des Gefündigten hat nach zwei Seiten hin zu erfolgen: einmal durch den Einspruch gegen die Kündigung (I) und zum anderen durch den Antrag auf Arbeitslosenunterstützung (II).

I.

Das Recht zum Einspruch gegen die Kündigung besteht nur für die Arbeitnehmer von Betrieben mit Gruppenrat, das ist Arbeiter- oder Angestelltenrat. Wird der Arbeitnehmer gefündigt, so steht ihm sofort die Möglichkeit offen, Einspruch einzulegen und diesen auf einen oder mehrere der vier Gründe des § 84 des Betriebsrätegesetzes zu stützen. Allerdings gibt es einige wenige Ausnahmen, in denen kein Einspruchsrecht entsteht. Ein Beispiel besteht kein Einspruchsrecht bei Entlassungen, die durch gänzliche oder teilweise Stilllegung des Betriebes erforderlich werden. Die anderen Ausnahmen sind in § 86 des Betriebsrätegesetzes nachzulesen. Es sollte übrigens jeder Organisierte das Betriebsrätegesetz besitzen. Da nun eine gänzliche oder teilweise Stilllegung die Ursache der Kündigung ist, muß erst von Fall zu Fall geprüft werden. Jedenfalls braucht niemand einer solchen Behauptung des Arbeitgebers ohne weiteres Glauben zu schenken. Das wird vor dem Arbeitsgericht schon untersucht werden. Steht aber wirklich eine Stilllegung vor, dann ist die Sache noch nicht verloren. Zwar verliert der Gefündigte das Einspruchsrecht, er gewinnt dafür jedoch gewisse Ansprüche nach Maßgabe der Stilllegungsverordnung, auf die hier nicht eingegangen werden soll.

Nun zum Einspruch gegen die Kündigung! Hierbei müssen drei Fristen gewahrt werden, wenn die Klage nachher nicht abgewiesen werden soll.

1. Binnen fünf Tagen nach der Kündigung ist der Einspruch beim Gruppenrat anzulegen. Also wenn zum Beispiel A am 2. Juni die Kündigung erhält, so beginnt die Frist am 3. Juni und läuft am 7. Juni ab. Ist der 7. Juni nun ein Sonntag oder allgemeiner Feiertag, so gilt der darauffolgende Montag als letzter Tag der Einspruchsfrist.

Welches ist der Tag der Kündigung? Das ist der Tag, an dem die Kündigung dem Arbeitnehmer gegenüber ausgesprochen worden ist. Das ist im Beispiel der 2. Juni. Ist die Kündigung schriftlich erfolgt, so gilt als Tag der Kündigung derjenige, an welchem diese dem Arbeitnehmer zugeht. Der Tag der Kündigung wird in die Frist nicht eingerechnet. Für die Wirkung der Kündigung ist es gleichgültig, ob der Arbeitnehmer sie annimmt oder nicht.

Der Einspruch kann mündlich oder schriftlich erklärt werden und ist beim Arbeiter- oder Angestelltenrat anzulegen. Er kann sich nur auf einen der vier Gründe des § 84 des Betriebsrätegesetzes stützen. Es ist aber empfehlenswert, den Einspruch schriftlich etwa in der folgenden Form einzulegen:

An den Arbeiterrat der Firma Z.,
s. O. des Vorsitzenden Herrn D. in B., (Straße, Hausnummer).

Wegen der Kündigung vom 2. Juni lege ich hiermit Einspruch ein, den ich wie folgt begründe: (entweder) es liegt der begründete Verdacht vor, daß meine Kündigung wegen politischer oder gewerkschaftlicher Betätigung (vgl. Näheres im § 84 Abs. 1 Nr. 1 BtRG.) erfolgt ist, denn ...; (oder) die Kündigung ist ohne Angabe von Gründen erfolgt, in Wirklichkeit liegt aber ein (nach § 84 Abs. 1 Nr. 1—4 BtRG. unzulässiger) Grund vor, denn ...; (oder) die Kündigung ist deshalb erfolgt, weil ich mich geweigert habe, dauernd andere als die bei der Einstellung vereinbarte Arbeit zu verrichten; denn ...; (oder) die Kündigung ist eine unbillige Härte, welche weder durch mein Verhalten noch durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt worden ist, denn ...

B., (Datum). (Unterschrift, Anschrift).

Ist die Kündigung formlos erfolgt, d. h. angeblich aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Arbeitsvertrages ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, so kann der Einspruch auch darauf gestützt werden, daß ein solcher Grund in Wirklichkeit nicht vorliegt, wohl dagegen einer der obengenannten vier unzulässigen Gründe des § 84 BtRG.

2. Nun beginnt der zweite Teil des Einspruchsverfahrens. Wenn der Gruppenrat den Einspruch für begründet hält, was er am besten protokollarisch gleich in der Sitzung festlegt, so hat er zu versuchen, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eine Verständigung herbeizuführen. Geht diese Verständigung binnen einer Woche nicht, so kann der Arbeiter- oder Angestelltenrat oder der betroffene Arbeitnehmer binnen weiteren fünf Tagen das Arbeitsgericht antufen.

Zunächst soll die Rede sein von der Wochenfrist für die Verständigung. Wann beginnt sie? Die Frage ist unstritten. Ich schlicke mich der Ansicht von Platon an, daß die Wochenfrist erst zu laufen beginnt, nachdem der Gruppenrat den Einspruch für begründet erklärt hat. Wenn also in dem obigen Beispiel A den Einspruch am 4. Juni eingelegt und der Arbeiterrat denselben am 6. Juni für begründet erklärt hat, so beginnt die Wochenfrist für die Verständigungsverhandlungen am 7. Juni und läuft am 13. Juni ab. Der Beginn der Wochenfrist ist danach veränderlich. Er kann sowohl noch in der Kündigungsfrist liegen als auch zeitlich dahinter. Das richtet sich also nach dem Tag, an welchem der Gruppenrat den Einspruch für begründet erklärt hat. Und zwar beginnt die Wochenfrist mit dem darauffolgenden Tage.

3. Der dritte Teil des Einspruchsverfahrens bildet bereits den Anfang des Prozesses vor dem Arbeitsgericht. Binnen weiteren fünf Tagen ist nämlich entweder vom Gruppenrat oder vom Arbeitnehmer das Arbeitsgericht anzurufen, also wieder eine Fristtagefrist. Für deren Beginn bestehen zwei Möglichkeiten: a) entweder die Verständigungsverhandlungen scheitern schon vor Ablauf der Wochenfrist, z. B. der Arbeitgeber lehnt jede Verhandlung ab, dann kann — muß aber nicht — das Arbeitsgericht schon angerufen werden; b) oder aber die Wochenfrist läuft ohne Verhandlungserfolg ab, dann muß binnen fünf Tagen das Arbeitsgericht angerufen werden. Wenn auch der Gruppenrat noch weitere Verhandlungen mit dem Arbeitgeber pflegt, selbst nach Ablauf der Wochenfrist, so ist doch auf jeden Fall Klage einzureichen, denn in den weitaus meisten Fällen ist

der Prozeß von vornberin verloren, wenn im Vorverfahren eine Frist verstrichen ist. (Allerdings gibt es für gewisse Ausnahmefälle nach § 90 BtRG. die Möglichkeit einer Wiedererhebung.) Die letzte Fristtagefrist für die Anrufung des Arbeitsgerichts beginnt also spätestens nach Ablauf der Wochenfrist für die Verständigung, und zwar mit dem darauffolgenden Tage.

II.

Nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung — vorher ist dies — muß sich der Arbeitslose beim Arbeitsamt arbeitslos melden und Unterstützungsantrag stellen. Grundsätzlich kann er dies am Entlassungstage tun. Er erhält dann im Regelfall sieben Tage Wartefrist, welche mit dem Tage der Arbeitslosmeldung beginnt, frühestens jedoch mit dem Tage, welcher dem letzten Arbeitstage folgt, den er bezahlt bekommt. Ist das z. B. der 6. Juni, so beginnt die Wartefrist am 7. Juni, wenn der Arbeitslose sich am 7. Juni, oder auch, wenn er sich schon am 6. Juni meldet. Weibet er sich später, so beginnt die Wartefrist mit dem Tage der Arbeitslosmeldung.

Ist der Arbeitslose freiwillig arbeitslos, so erhält er vier Wochen Sperrfrist und dann noch für 22 Wochen Unterstützung. Ist er unfreiwillig arbeitslos, so erhält er nach Ablauf der Wartefrist für 28 Wochen Unterstützung. Der Ausdruck „freiwillig“ oder „unfreiwillig“ ist schief und irreführend. Erforderer folgt man „verschuldet“ oder „unverschuldet“ arbeitslos. Maßgebend ist für die Frage, ob die Arbeitslosigkeit unverschuldet ist oder nicht, zunächst die Arbeitslosmeldung, zu deren Ausstellung der Arbeitgeber verpflichtet ist. Unverschuldet ist die Arbeitslosigkeit stets, wenn der Arbeitgeber wegen Arbeitsmangels oder wegen eines vom Arbeitnehmer nicht verschuldeten Grundes oder wenn der Arbeitnehmer wegen eines wichtigen Grundes kündigt. In allen Fällen tut der Entlassene gut, sich den vom Arbeitgeber auf der Arbeitslosmeldung angegebenen Lösungsweg zum Arbeitsvertrag genau anzusehen und auf seine Richtigkeit zu prüfen. Hat z. B. der Beschäftigte das Arbeitsamt wegen verschuldeter Arbeitslosigkeit vier Wochen Sperrfrist verhängt und fällt das Arbeitsgericht später ein für den Arbeitslosen günstiger Urteil in der Einspruchsfrage, so muß das Arbeitsamt die Unterstützung nachgeben. Andererseits muß sich der Arbeitslose den Lohn, den er etwa nachträglich bekommt, anrechnen lassen.

Dr. Dr. Rolf Maab, Aachenerleben.

*) Wegen der Begründung vgl. mein im Verlag Georg Stilke demnächst erscheinendes Werk „Der Anspruch des Arbeitslosen“.

Schluß des redaktionellen Teils.

Die Wirkung der Logal-Tabletten bei Übermüdigkeit, Müdigkeit und Ermüdungserscheinungen wurde nach einer Abhandlung in der medizinischen Fachzeitschrift „Fortschritt der Medizin“ in einem Berliner Militärkrankenhaus ausprobiert. Das Resultat erweist sich nach den gemachten Mitteilungen als überaus befriedigend, so daß die Behandlung obengenannter Krankheitszustände durch die Logal-Tabletten durchaus empfehlenswert erscheint.

In vielen Dingen des täglichen Lebens geht man häufig achlos vorüber. Haben Sie sich z. B. einmal die Umhüllung eines Magg's Fleischbrühenmittels, der doch, weil so praktisch, in Ihrem Haushalt Verwendung findet, genau angesehen? Haben Sie auch gelesen, daß der Würfel in gut ¼ Liter kochendem Wasser — und nicht nur in einer gewöhnlichen Tasse, die meist teuren Werteliter enthält — aufgelöst werden soll? Beachten Sie dies, dann wird die Fleischbrühe immer gerade recht sein und wie eine aus frischem Fleisch hergestellte Munde. Also bitte, ¼ Liter Wasser für einen Magg's Fleischbrühenmittel.

290 Eisenbahn-Waggonladungen

Woll- und Baumwollwaren.
500000 Nachbestellungen

nur von meinen alten Kunden erlaube ich nachweisbar in diesen Jahren. Der mittlere Beweis der Güte u. Billigkeit.

Wollen die Mützen und Sparpapiere?
Dann schreiben Sie heute noch, was sie wünschen v. nachstehendem

Ausnahme-Angebot!

Gültig nur kurze Zeit!
Nr. Preise per Mtr. Breite Mk. Pf.

11	Ungebleichtes Baumwollgewebe	75 cm	0.16
12	Ungebl. Baumwollgewebe	78 cm	0.20
13	Handtücher, solide Gebrauchsware	40 cm	0.18
14	Handtücher, sol. Strapazierware	40 cm	0.28
15	Handtücher, gute Strapazierware	40 cm	0.38
16	Ungebleichtes Baumwolltuch	78 cm	0.28
17	Ungebleichtes Baumwolltuch	78 cm	0.38
18	Ungebleichtes Baumwolltuch	78 cm	0.48
19	Weißes Hemdentuch	78 cm	0.28
20	Weißes Hemdentuch	78 cm	0.38
21	Weißes Hemdentuch	78 cm	0.48
22	Hemdenflanell	70 cm	0.28
23	Hemdenflanell	70 cm	0.38
24	Hemdenflanell	70 cm	0.48
25	Zephir für Hemden und Blusen	70 cm	0.38
26	Zephir bessere Sorte schöne modische	70 cm	0.48
27	Wäschtücher	45 mal 45 cm per halb Duz.	0.98
28	Damentaschentücher	weiß, gute feinf. beliebte Sorte, per halb Duz.	0.78
29	Herrntaschentücher	mit schöner bunter Kante per halb Duz.	0.78

Beliebteste vorrätig!

Verändernde Abbate!

30	Gardinen	100 cm, 1.10	0.34
31	Maccotuch	weiß, garantiert rein, 80 cm	0.79

Hotel Wm. Weiden 295 Oberplatz
Eigene mechanische Weberei. — Größtes

Bei Rheuma, Gicht, Ischias

sowie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erkältungs-
krankheiten und Grippe haben sich Logal-Tabletten
herborragend bewährt. Ueber 5000 notariell be-
glaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere
hundert Berichte, in denen neben prompter Wir-
kung besonders die Unschädlichkeit des Logal her-
vorgehoben wird. Logal scheidet die Harnsäure
aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren
Arzt. In allen Apotheken RM. 1.40.
0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr

Auto Taschenuhr nur Mk. 2.90

Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 35std.
gen. regul. Werk, la. vern. nur 2.90
4 m. Gold, Schwarz, Ovalbüg. M. 5.90
5 m. braun. Werk kl. flach Form M. 4.90
6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel
verg. gold. hochfeine Uhr M. 5.50
7 Damenuhr, versilb. 2 Goldr. M. 6.—
8 Armbanduhr m. Lederriem. M. 5.50
Nickelkette M. 0.30. Doppelkette, echt
vergold. M. 1.20. Kapsel M. 0.25. Vers. geg. Nachn. Katalog gratis.
Uhrmacher Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Boissstr. 3
Jahresumsatz zirka 16000 Uhren

Handwagen

Wahlst Holz aus prima Eichenholz,
beste Holzart

Ränge 90 cm Tragf. 4 Ztr. M. 21.—
Ränge 100 cm Tragf. 5 Ztr. M. 22.—
Ränge 110 cm Tragf. 6 Ztr. M. 25.—
Ränge 120 cm Tragf. 8 Ztr. M. 30.—
Kastenwagen je 3 M. mehr,
Grants Station des Bestellers.

Karl Abel, Borsch-Geisa Thür.

Feinstes Tafel-

Pränummus

wohlriechend und gesund,
getrocknet rein m. Zucker
eingesüßt.

10-12 Stk. 3.75
25 Stk. 8.50
50 Stk. 14.50
100 Stk. 26.50
200 Stk. 48.50
500 Stk. 115.00
1000 Stk. 225.00

Kelner-Rekstein
Königsplatz
Magdeburg-Nr. 117

Gummi-

waren u. hygienisch-
sanitäre Artikel. Preis-
liste nur bei Artikel-
Anfrage gratis.

Sanitas-Versand
Kattlenberg
bei Frankfurt a. M. 51.

Händler

Strickwolle 100 g. 0.69
Kragencoll. 12 Dtz. 1.10
Schürhosen 100 P. 2.80
Briefpapier 50 Bog.
u. Kuv. 0.49
Leinwand 48 Röllchen 1.95
M. Felsen, München
70 Zweibrückenstr.
Preisliste gratis!

Billige böhmische Bettfedern

Nur reine gut füllende Sorten.

1 Alto graue gefüllte,
Um. 8.—, halbdünne 4.—,
weiße 6.—, bessere 8.—, 7.—,
baumwollene 8.—, 10.—,
beste Sorte 12.—, 14.—, Um.
Ungeschüttete Kugelfedern Um. 7.50, bessere
Um. 0.50, beste Sorte 11 Um.

Verwand portofrei, gutfest gegen Nachnahme.
Wasser frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet

Benedikt Sackel, Lobes 209
bei Hilsen in 886men.

Polster-Matratzen Ghaloo-
Stahl-
Metall- und Holzbetten, Schlafzimmer an
Private. Ratenzahlung. — Katalog 755 frei.

Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)

Verbandsabzeichen

sind je nach der Größe zum
Preis von 50 und 75 Pfennig
durch unsere Ortsverwaltungen
von der Geschäftsstelle oder Be-
zirksleitung zu beziehen

Käse billiger

ab
Fabrik

Holz. Käse (Brotform) 9 Pfd. M. 3.80
Tilster Art (1/2 fett) . . . 8 Pfd. M. 4.80
Edamer Art rot (1/2 fett) . . . 8 Pfd. M. 4.80
Tilster Art (1/2 fett) . . . 8 Pfd. M. 5.00
Holländer Art (1/2 fett) . . . 8 Pfd. M. 7.40
Nachn. Porto und Verp. 1 Mk. extra.
O. Damko, Käsefabr., Hamburg 39 8 86.

Für Hygien., sowie Gummi-
waren und sanit. Artikel
Wiederverkäufer gesucht.
O. Graumann, Hamburg 20 B, Siemsenstr. 6.

Grobenschuhe

Nr. 40-46 gut beschlag.
2 Paar 16 Mark.

Schallstiel

Nr. 40-45 m. Korneleder
Doppelschalen.
1 Paar 2 Mark.
2 Paar 27 Mark frank.
gegen Nachnahme.

Zu jeder Bestellung
gebe 1 Paar II. Rosen-
träger gratis.

Georg Schmidt,
Lederverfabrik
Remagen am Rh. 55.

Alle

Gummiwaren
und hygienischen
Artikel für alle
hygienischen Bedarf.
Bei Wunschangebe
Preisliste gratis.

G. J. Hess, Leipzig 103
Unt. Wäntzerstr. 20

Volkefürsorge

Gewerkschaftl.-Genossen-
schaftl. Versicherung

Meine Seele singt!

Gedichte von
Victor Kallnowski
207 Seiten
Preis 75 Pfg.
zu beziehen durch
H. Hansmann & Co.,
Bohum.

Saubere

von 10 Mark
an, für jeden
Wohner, 10 Pfd.
Brot, 10 Pfd.
Butter, 10 Pfd.
Käse, 10 Pfd.
Mehl, 10 Pfd.
Zucker, 10 Pfd.
Kaffee, 10 Pfd.
Tee, 10 Pfd.
Korn, 10 Pfd.
Bananen, 10 Pfd.
Äpfel, 10 Pfd.
Orangen, 10 Pfd.
Zitrusfrüchte, 10 Pfd.
Kartoffeln, 10 Pfd.
Gemüse, 10 Pfd.
Fleisch, 10 Pfd.
Fisch, 10 Pfd.
Eier, 10 Pfd.
Milch, 10 Pfd.
Säure, 10 Pfd.
Öl, 10 Pfd.
Essig, 10 Pfd.
Sauce, 10 Pfd.
Gewürze, 10 Pfd.
Kondensmilch, 10 Pfd.
Kondensfleisch, 10 Pfd.
Kondensobst, 10 Pfd.
Kondenssauce, 10 Pfd.
Kondensfleisch, 10 Pfd.
Kondensobst, 10 Pfd.
Kondenssauce, 10 Pfd.

Große Farmer-Zigarren

Abbau! Sie sparen 32%

Unübertroffen in Qualität u. weißem
Brand. Aus nur besten Ueberreife-
Tabaken hergestellt. Ladenpreis à St.
10 Pfg. ab Fabrik 100 St. nur M. 6.80.
300 St. Ausnahmepreis nur M. 20.—
portofrei geg. Nachn. fr. Ueberreife-
Rauchtabake v. 50 Pfg. p. Pfd. an. Bar.
Zurückk. Gr. Preisliste unsonst. Zigarren-
fabrik Gebr. Weckmann-Hannau-154

Kugelhülsen

rot, gesunde Ware, a. Abt. 1
2 Kgl. = 9 Pfd. 3.90
200 Kartuschen 3.90
100 do. = 1 Kgl. 3.90
K. Seibold, Norderort 184

Betten

lediglich, edel, rot gestr.
Bettkörper mit 17 Pfund
zartweich, Federfüllung, ar-
beitsfähig, Oberbett, Un-
terbett, 2 Kissen, zusammen
27.50, dasselbe mit prima
Federfüllung 47.50, das-
selbe edel, rot gestr. mit
prima Ia. Ausfüllung
59.50. Bettfedern billigst.
Muster, Preisliste gratis,
Causende Kunden, Nach-
bestellungen, Dankschrei-
ben, Nichtigkeiten Un-
tauscher oder Geld zurück.
Bettfabrik Trautwein,
Kassel 39 — Postfach 50.

Kastenwagen

Untergestellt pr. Esche,
100 cm lang, 4-5
Zentner Tragkraft
25 Mark franko.

Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)

Fritz Bueffing: Geschichte des Deutschen Volkes

In Leinen gebunden 3.75 Mk.
J. Hansmann & Co., Bohum.

Alles fährt LINDCAR

Kleinste RATEN Ohne ANZAHLUNG

LINDCAR FAHRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN - LICHTENRADE

UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN

„Raskunft und Bestellung durch die Verbandsbüros der Ortsausschüsse des H. D. G. B.“

